

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2007-2011**

Juli 2007

SPERRFRIST: Freitag, 27. Juli 2007, 12.00 Uhr

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2007-2011

Jahresmodell LIMA/05
Juli 2007

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Robert Kunst
Ulrich Schuh
Edith Skriner
Ludwig Strohner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	19
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	21
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	22
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	22
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	24
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	27
5.	Monetäre Prognose	30
	Tabellenanhang	32

1. Einleitung und Zusammenfassung

Wirtschaftswachstum bleibt weiterhin kräftig

Das österreichische Wirtschaftswachstum wird im Zeitraum 2007 bis 2011 laut Prognose durchschnittlich 2.6 % betragen und damit um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ausfallen. Seit 2006 befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Nach 3.3 % im Vorjahr wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 3.1 % ansteigen, auch im nächsten Jahr sollte das Wachstum noch 2.8 % ausmachen. Im weiteren Prognosezeitraum verlangsamt sich das Tempo der Wirtschaftsentwicklung, beträgt 2011 aber immer noch 2.2 %. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg sollte Österreich damit so schnell wie die Europäische Union (2 $\frac{1}{2}$ %), aber doch merkbar rascher als der Euroraum wachsen (2 $\frac{1}{4}$ %). Ein positiver Wachstumsimpuls geht weiterhin von der Exportwirtschaft aus. Im Gegensatz zur Vorperiode entwickelt sich auch die Binnen- nachfrage recht kräftig. Nach einer Stagnation zieht die Investitionstätigkeit stark an, und auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützen die Konjunktur.

Seit 2004 wächst die Weltwirtschaft äußerst kräftig. Während die Volkswirtschaften im asiatischen Raum weiterhin deutlich expandieren, hat sich das Wachstumstempo in den USA etwas abgeschwächt. Im Vorjahr erholte sich die Wirtschaft in Europa und befindet sich seither in einer Boomphase. Es mehren sich die Anzeichen, dass insbesondere Deutschland einen wichtigen Teil seiner strukturellen Probleme überwunden haben könnte. Eine kräftige Wirtschaftsdynamik weisen weiterhin die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf. In den nächsten Jahren sollte sich die konjunktuelle Dynamik der Weltwirtschaft etwas verlangsamen, die Weltwirtschaft bleibt aber auf einem stabilen Wachstumspfad. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wachsen die Wirtschaften der OECD-Länder um durchschnittlich 2 $\frac{3}{4}$ %. Für die Länder im Euroraum wird ein durchschnittlicher Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 2 $\frac{1}{4}$ % erwartet, analog sollte sich die deutsche Wirtschaft entwickeln. Diese Prognose geht davon aus, dass größere Schocks in den nächsten fünf Jahren ausbleiben. Konkret nimmt die Prognose einen stabilen Euro-Dollar-Wechselkurs sowie kein weiteres Ansteigen der Energiepreise an.

Technisch werden die Werte der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2007 und 2008 übernommen und der Prognosezeitraum um die Jahre 2009 bis 2011 erweitert. Diese Prognose unterstellt, dass sich die sogenannte Outputlücke (Differenz zwischen aktuellem und Potenzialoutput) bis zum Ende des Prognosezeitraums deutlich verringert, aber positiv bleibt. Das Institut geht davon aus, dass die Prognoserisiken etwa gleich verteilt sind. Einerseits besteht durchaus die Möglichkeit, dass das gegenwärtig sehr hohe Wachstumstempo in Europa auch noch bis zum Ende des Prognosezeitraums aufrecht bleibt. Dafür würde etwa sprechen, dass in Europa, und insbesondere in Deutschland, die Reformen die Wettbewerbsfähigkeit erhöht haben. Notwendig wären aber zusätzliche Struktur- reformen, vor allem in Italien und Frankreich. Negative Risiken gehen hingegen von der Möglichkeit stark steigender Rohölpreise sowie einer dauerhaften Wachstumsschwäche der US-Wirtschaft, im Verein mit einer kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, aus.

Nach einem verhaltenen Wachstum in den Vorjahren wird der private Konsum in Österreich wiederum zu einer Stütze der Konjunktur. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums der privaten Haushalte wird sich auf knapp $2\frac{1}{4}\%$ belaufen. Laut Prognose wird die Sparquote heuer um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt ansteigen, im restlichen Prognosezeitraum zuerst stagnieren, dann doch merkbar fallen, sodass 2011 ein Wert von 9.1% erreicht wird. Damit kommt die Sparquote wieder auf dem Niveau von 2005 zu liegen.

In den vergangenen fünf Jahren hat die reale Investitionstätigkeit durchschnittlich nur um $\frac{1}{2}\%$ zugenommen. Während die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten, betrug der Zuwachs bei den Bauinvestitionen $1\frac{1}{4}\%$. Aufgrund der Konjunkturverbesserung zieht die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum deutlich an. Die Investitionen werden bis zum Jahr 2011 um durchschnittlich $3\frac{1}{4}\%$ wachsen, wobei sich die Ausrüstungsinvestitionen mit knapp $4\frac{1}{2}\%$ stärker als die Bauinvestitionen ($2\frac{1}{2}\%$) beschleunigen.

In den letzten fünf Jahren setzte sich der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft weiter fort. Die realen Exporte sind in diesem Zeitraum um durchschnittlich $5\frac{1}{2}\%$ angewachsen, damit verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft geringe Marktanteilsverluste. Während die verhaltene Lohnentwicklung in Österreich die Exporttätigkeit gestützt hat, wirkte die Aufwertung des Euro, zumindest kurzfristig, dämpfend. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich $6\frac{1}{4}\%$ zulegen, wobei die Warenexporte um $7\frac{1}{4}\%$ steigen. Durch die kräftige Binnennachfrage zieht auch die Importtätigkeit an. Nach einer durchschnittlichen Zunahme von $4\frac{1}{2}\%$ im Laufe der letzten fünf Jahre wird sich das Wachstum der Importe im weiteren Sinn laut VGR im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 auf $6\frac{1}{4}\%$ beschleunigen, wobei die Warenimporte um durchschnittlich $6\frac{3}{4}\%$ zulegen.

Angetrieben von der deutlichen Steigerung der Energiepreise, ist der Verbraucherpreisindex in den letzten fünf Jahre um durchschnittlich 1.8% gestiegen. Ausgehend von einer Inflationsrate von 1.8% im heurigen Jahr, erwartet das Institut für die Folgejahre eine verhaltene Preisentwicklung. Im Durchschnitt ergibt sich somit eine Inflationsrate von 1.6% , womit Österreich wieder zur Gruppe der preisstabilsten Länder im Euroraum zählen dürfte. Die Prognose unterstellt keinen weiteren Anstieg der Ölpreise, einen stabilen Euro-Dollar-Wechselkurs und eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik. Der durch die Globalisierung ausgelöste starke Wettbewerbsdruck sollte den Preisauftrieb weiterhin dämpfen.

Die Hochkonjunktur hat zu einer deutlichen Belebung des Arbeitsmarktes geführt. Bereits im Vorjahr betrug das Beschäftigungswachstum $1\frac{3}{4}\%$ und wird sich heuer auf 2% beschleunigen. Auch im restlichen Prognosezeitraum wird noch eine vergleichsweise kräftige Arbeitskräftenachfrage erwartet, sodass bis zum Jahr 2011 knapp 190,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten. Die Arbeitslosenquote (laut nationaler Definition) geht von 6.8% im Jahre 2006 bis auf 6% zurück. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat wird ein Wert von $4\frac{1}{4}\%$ erwartet. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist zwar erfreulich, zeigt aber auch, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Probleme strukturell bedingt ist. Aus diesem Grund erscheint dem Institut der Einsatz von arbeitsmarktpolitischen – aber auch

bildungspolitischen – Instrumenten, die insbesondere beim Miss-Match-Problem ansetzen, notwendig.

Die gute Konjunktur und das Ziel eines ausgeglichenen Budgets dominieren die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum. Für heuer rechnet das Institut mit einem Defizit von 0.7 %, 2009 ist das Budget laut Prognose ausgeglichen und ab 2010 könnten Überschüsse erzielt werden. Dabei geht das Institut von der herrschenden Rechtslage aus und unterstellt daher keine weitere Steuerreform. Eine Steuerreform ist laut Regierungserklärung allerdings für 2010 geplant und könnte schon 2011 positive Impulse für die österreichische Wirtschaft auslösen. Da Umfang und Struktur dieser Steuerreform bisher nicht bekannt sind, sind ihre Auswirkungen in der Prognose auch nicht berücksichtigt.

Es ist viele Jahre her, dass alle wirtschaftlich relevanten Teile der Welt sich in einer guten bis exzellenten Konjunktursituation befanden. Auch die durch den Immobilienmarkt ausgelöste Schwäche der US-Wirtschaft scheint weitgehend überwunden zu sein; die US-Frühindikatoren deuten auf eine Wachstumsbeschleunigung in der zweiten Jahreshälfte 2007 hin. Die für Österreich wichtigen Staaten Osteuropas werden auch in den nächsten Jahren ihre hohe Wachstumsdifferenz gegenüber den alten EU-Mitgliedern beibehalten. Ein Ende des raschen Wachstums in diesem Raum ist noch nicht absehbar. In Westeuropa fehlen zwar noch viele Reformen, das gilt insbesondere für Frankreich und Italien, die Anpassung an den Globalisierungsdruck zwingt aber alle Mitglieder der EU, die Lissabon-Strategien auch umzusetzen. Die überraschend positive Reaktion der deutschen Wirtschaft auf die noch unvollständigen institutionellen Reformen in diesem Land hat auch in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich, den politischen Mut zu umfassenden Reformen gestärkt. Die Reformen erweisen sich dabei als ein Prozess, der auch in Österreich noch keineswegs abgeschlossen ist. Das unaufhaltsame weitere Voranschreiten der Integration aller Volkswirtschaften wird für alle diejenigen, die sich in Privatwirtschaft und öffentlichem Bereich dem Wettbewerb stellen, positive Wohlfahrtswirkungen haben. Diejenigen, die diesen Prozess als Gefahr empfinden und ihn daher abzuwehren versuchen, indem sie Reformen hinauszögern oder verhindern, werden erhebliche Nachteile für die Wohlfahrt ihrer Bürger in Kauf nehmen müssen.

Die österreichische Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre wird daher weiter intensiv an den Standortmerkmalen arbeiten müssen: Verbesserung der Bildung durch zunehmende Effizienz und auch zunehmende Ausgaben im Bildungswesen, insbesondere im Bereich der Pflichtschulen; Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Bereich der Schiene; Weiterführung der Reformen im öffentlichen Bereich, d. h. Bundes-, Staats- und Verwaltungsreform in Richtung New Public Management.

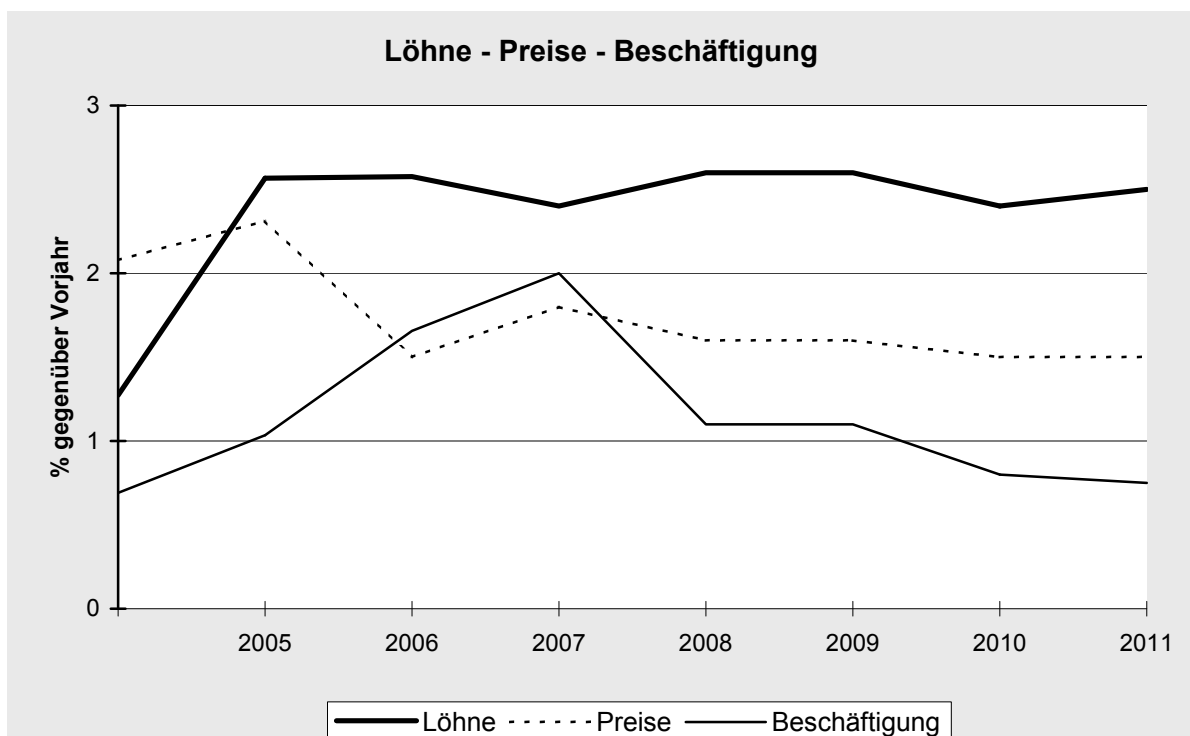
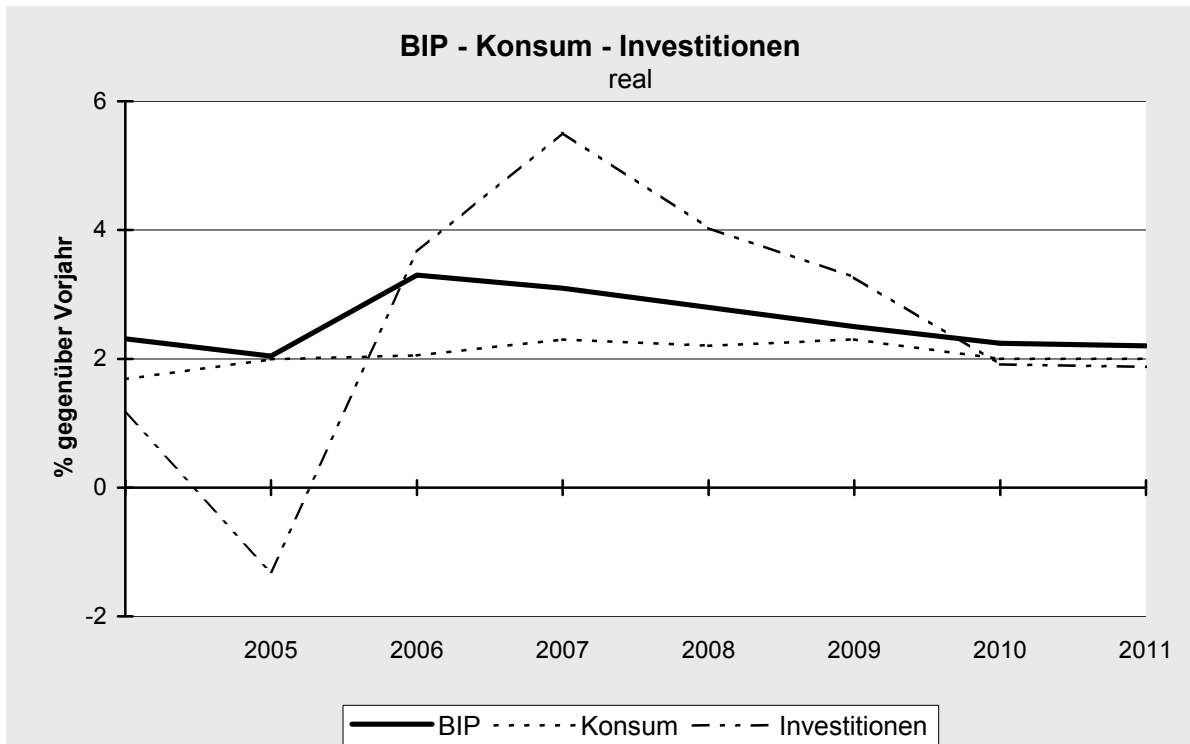
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

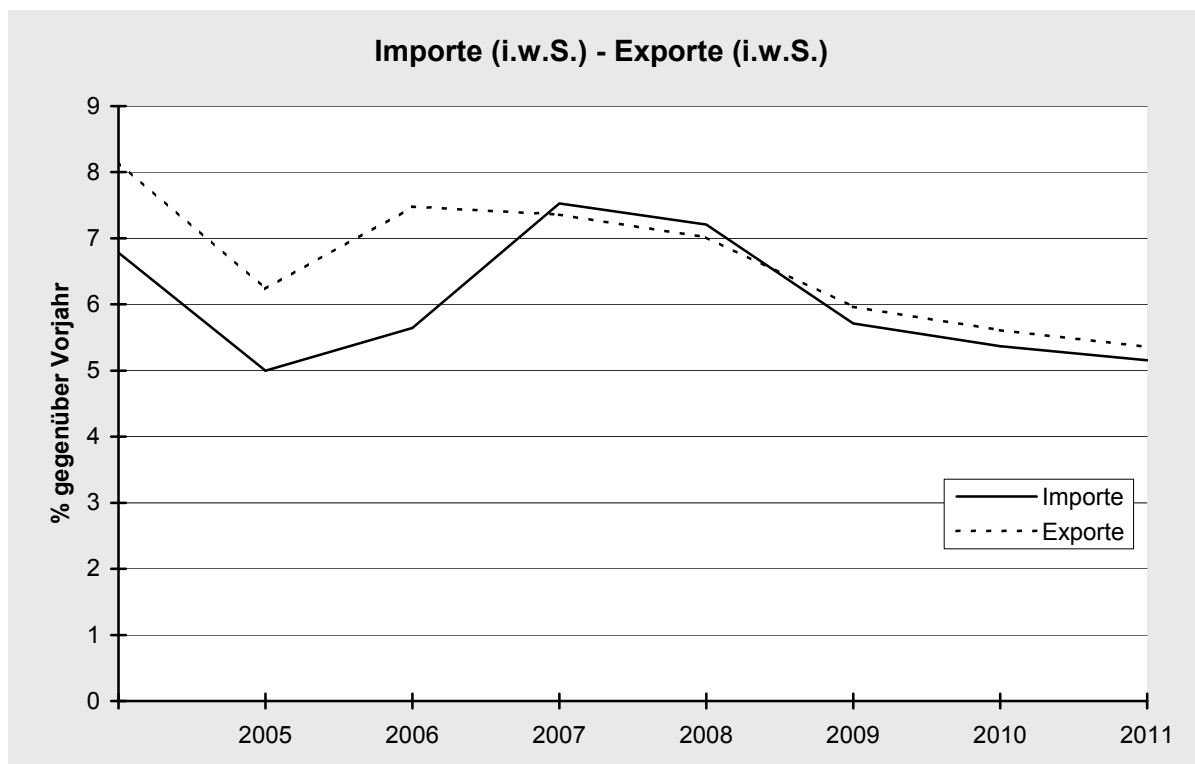
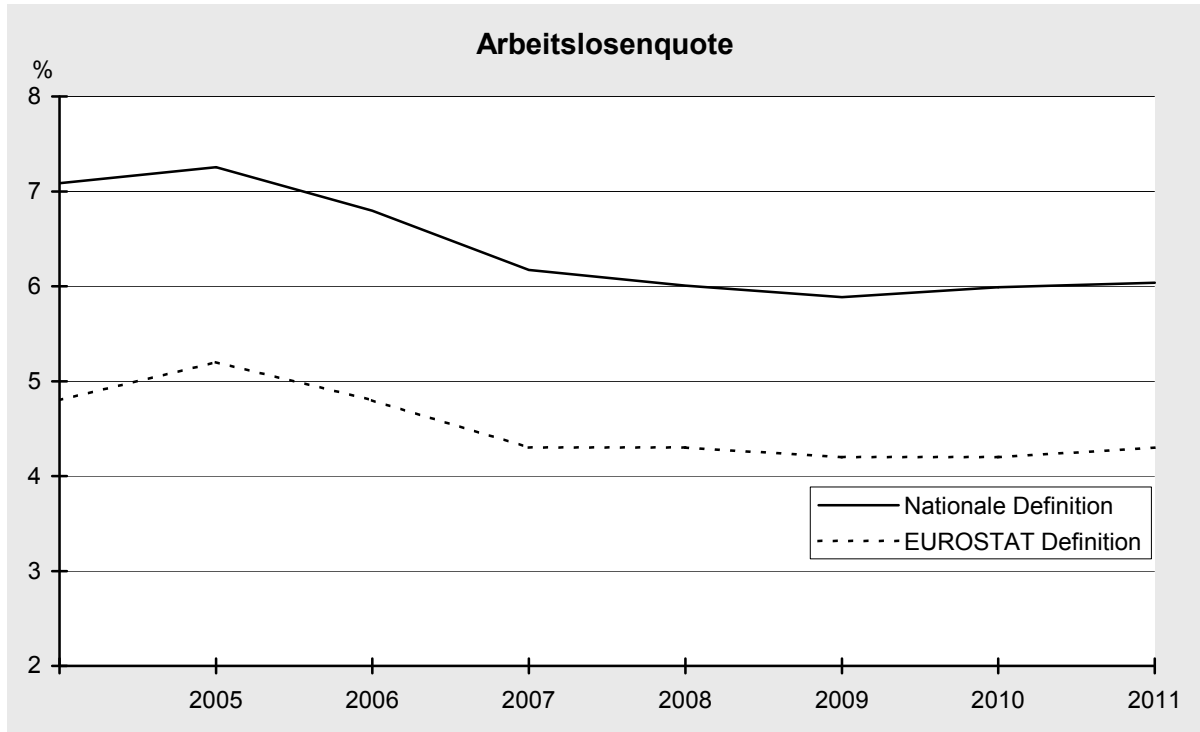
	2002-2006	2007-2011
Bruttoinlandsprodukt, real	1.9	2.6
Privater Konsum, real	1.4	2.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.6	3.3
Ausrüstungsinvestitionen, real	0.0	4.4
Bauinvestitionen, real	1.3	2.5
Inlandsnachfrage, real	1.3	2.3
Exporte i.w.S., real	5.6	6.3
Waren, real (laut VGR)	6.4	7.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.0	1.7
Importe i.w.S., real	4.5	6.2
Waren, real (laut VGR)	5.3	6.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-2.5	2.1
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.6	1.1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	7.0	6.0
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition*)	4.7	4.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.1	2.5
Preisindex des BIP	1.6	1.6
Verbraucherpreisindex	1.8	1.6
3-Monats-Euribor *)	2.6	4.3
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	4.1	4.6

*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 2002 bis 2006 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 4.5 %. Der konjunkturelle Aufschwung, der 2003 einsetzte, verzeichnete 2006 seinen Höchststand. Der reale Welthandel wuchs in den Jahren 2002 bis 2006 durchschnittlich um 7.1 %. Nach einer rückläufigen Entwicklung im Jahr 2001 begann sich der reale Welthandel wieder auszuweiten und erreichte 2004 das stärkste Wachstum. Die globalen Kapitalflüsse, die Direkt- und Portfolioinvestitionen, schrumpften in den Jahren 2002 und 2003, legten jedoch in den drei folgenden Jahren kräftig zu, sodass das durchschnittliche Jahreswachstum 18 % ausmachte. Die Entwicklung der Weltwirtschaft war in den vergangenen fünf Jahren vor allem von stark steigenden Rohstoffpreisen, von steigenden Zinsen und vom Wertgewinn des Euro gekennzeichnet. Der Aufschwung bei den Investitionen wurde vom robusten Wachstum in den großen Volkswirtschaften, der hohen Rentabilität der Unternehmen und von steigenden Aktienkursen beflügelt. Starke Wachstumsimpulse kamen von der US-Wirtschaft und der asiatischen Wirtschaft. Die chinesische und die indische Wirtschaft wiesen die stärkste Dynamik auf. Nach der jahrelang andauernden Stagnation setzte auch in der japanischen Wirtschaft der konjunkturelle Aufschwung ein. In Europa verstärkte sich erst 2004 die Wachstumsdynamik.

Zu Beginn des Prognosezeitraums 2007 bis 2011 befindet sich die Weltwirtschaft in einer anhaltenden Phase kräftigen Wachstums. Die konjunkturelle Entwicklung der US-Wirtschaft verliert zwar an Dynamik, aber der Aufschwung im Euroraum und in Japan setzt sich ungebremst fort. Die zunehmende Integration Chinas und Indiens erhöht das Wachstumspotenzial der Weltwirtschaft. Es hat somit eine Verschiebung der Antriebskräfte stattgefunden. Die Konjunktur der Weltwirtschaft wird auch 2008 sehr robust bleiben. Eine Wachstumsbeschleunigung wird es in den USA geben. In den Jahren 2009 bis 2011 wird sich die globale Wirtschaftsentwicklung nur leicht abschwächen. Im Prognosezeitraum wird der globale Handel mit Waren voraussichtlich um 7 % zulegen. Das Wirtschaftswachstum der industrialisierten Länder wird durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ % betragen, verglichen mit 2.4 % in den vergangenen fünf Jahren. In den *Emerging Markets* wird der Zuwachs deutlich über der Wachstumsrate der industrialisierten Länder liegen. Durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA ist das Risiko einer abrupten Dollar-Abwertung gesunken. Auch hat der Einfluss der Rohölpreise auf Investitionsentscheidungen in den vergangenen fünf Jahren, im Vergleich zu den 1990er Jahren, deutlich nachgelassen. Das Institut geht davon, dass sich diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

Während der Rohölpreis im Zeitraum 2002 bis 2006 im Durchschnitt 41.8 USD pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein Preis von 64 Dollar zugrunde gelegt. Angesichts des konjunkturellen Abschwungs auf hohem Niveau dürfte die Nachfrage nach Rohöl um jährlich 1.4 % zulegen. Im Vergleich dazu wuchs die weltweite Rohölnachfrage in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.6 %. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass sich der Euro gegenüber dem Dollar in den kom-

menden Jahren stabilisiert. Das Institut geht daher in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.30 USD aus.

In den Jahren 2002 bis 2006 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 3.6 %. Zu Beginn stagnierte die Wirtschaft dieser Region. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse brachen ein, und die Verschuldung der Länder hat zugenommen. Im Jahr 2003 setzte ein Aufschwung ein, der vor allem von den exportorientierten Branchen ausging. Im Jahr 2004 wuchs die Wirtschaft um 6.1 %. Eine Wachstumsverlangsamung setzte in den folgenden zwei Jahren ein. Laut *Economist Intelligence Unit* wird sich heuer das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika auf 4 ¼ % abschwächen. Durch eine langsamere Exportentwicklung dürfte der Leistungsbilanzüberschuss um ein Prozent des BIP geringer als im Vorjahr ausfallen. Das BIP dieser Region wird in den nächsten fünf Jahren um jährlich 4 % zu nehmen. Der Export bleibt belebt, besser als in den vergangenen Jahren wird sich die Inlandsnachfrage entwickeln. Strukturelle Veränderungen zeichnen sich in der Landwirtschaft ab. Durch Fördermaßnahmen zur Gewinnung von Biotreibstoff gibt es eine Diversifizierung in der landwirtschaftlichen Nutzung.

Die Wirtschaft Asiens wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 4.3 %. Nach den turbulenten Ereignissen in den Jahren 1997 bis 2001 verzeichnete die Wirtschaft der Tigerstaaten einen kräftigen Aufschwung, der 2004 seinen Höhepunkt erreichte. Auch in den vergangenen zwei Jahren blieb die konjunkturelle Entwicklung in den Tigerstaaten sehr belebt. Die Impulse gingen von der Nachfrage Chinas und Indiens aus. Im Jahr 2007 zeigt sich die konjunkturelle Entwicklung in Asien von der Nachfrageschwäche der USA unbeeindruckt. Das Wirtschaftswachstum Chinas betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 10.1 %. In China wird kräftig in die Infrastruktur investiert, auch reifen Forschung und Entwicklung heran – bislang finanziert und getrieben von ausländischen Investoren. Die indische Wirtschaft wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.8 %. Auch sie zeigt bislang keine Wachstumsschwächen. Indien verfügt nicht nur über Call-Center und Software-Industrie, sondern es entwickeln sich auch Industriecluster im produzierenden Bereich. Durch die steigende Kaufkraft verstärkt sich die Nachfrage nach langlebigen Konsumartikeln, und die hohe Dynamik in der Industrieproduktion deutet darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum auch heuer robust ausfallen wird. Die Tigerstaaten profitieren weiterhin von der starken Nachfrage aus China und Indien. Die rege Investitionstätigkeit in der chinesischen Wirtschaft wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, womit China der Wachstumsmotor der Region bleibt.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU-27 um durchschnittlich 1.9 %, im Euro-Raum betrug das Wachstum 1.6 %. Am langsamsten entwickelten sich die deutsche und die italienische Wirtschaft. Im Jahr 2001 setzte eine starke Abschwächung der Konjunktur des Euroraums ein und hielt bis 2003 an. Eine wesentliche Ursache dafür war die Wechselkursentwicklung, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Ländergruppe kurzfristig verschlechtert hat. Trotz der vorherrschenden Hochkonjunktur in der Weltwirtschaft im Jahr 2004 konnte die Wirtschaft des Euroraums daher nur wenig davon profitieren. Ein Anpassungsprozess wurde jedoch eingeleitet, um gegen die Konkurrenz aus Osteuropa und Asien bestehen zu können. Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen wurden erfolgreich durchgeführt.

Die kräftige Konjunkturbelebung im Jahr 2006 gründet sich vor allem auf die wirtschaftliche Erholung in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien. Laut Europäischer Zentralbank haben Länder wie Deutschland, das auch durch Lohnzurückhaltung seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren verbesserte, ihren Exportmarktanteil gehalten oder gesteigert. In Staaten wie Italien, dessen preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit dem Jahr 2000 stetig sinkt, gingen Marktanteile im Exportgeschäft verloren. Die Produktionsauslagerungen in die Staaten Mittel- und Osteuropas haben vor allem im Falle Deutschlands die Wettbewerbsfähigkeit der Mutterunternehmen gestärkt. Struktur-reformen, die auf eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt abzielen, haben 2006 zu wirken begonnen. Der starke Euro und die Abkühlung der US-Wirtschaft dürften daher 2007 in Europa kaum Spuren hinterlassen. Die belebte Nachfrage aus Drittländern trägt dazu bei, dass sich im Euroraum die Hochkonjunktur fortsetzt. Aufgrund der guten Konjunkturaussichten wird die Investitionsbereitschaft der Unternehmer hoch bleiben. Gleichzeitig weitet sich auch die Beschäftigung aus. Dadurch sinkt die Arbeitslosigkeit, was dazu beiträgt, die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten. Das Wirtschaftswachstum des Euroraums wird im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt $2\frac{1}{4}$ % betragen.

2.2 Länderprognosen

In den Jahren 2002 bis 2006 wuchs die **deutsche** Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 0.9 %. Die Inflationsrate betrug durchschnittlich 1.6 %. Damit lag die Teuerung unter dem Wert für die EU. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt auf 8.9 %. Die schwache Wirtschaftsentwicklung am Anfang des Jahrzehnts ist auf strukturelle Probleme und eine Reihe von Schocks zurückzuführen, wie die Aufbaulasten aufgrund der deutschen Wiedervereinigung, die Krise in der Bauwirtschaft, die Unsicherheit nach dem Platzen der Aktienkursblase, die Aufwertung des Euro und der Anstieg des Ölpreises. All das hat die Wirtschaft belastet und führte zu einer Stagnation der Inlandsnachfrage. Die schlechte Beschäftigungslage und die Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte haben zur Zurückhaltung bei den Konsumausgaben geführt. In den Jahren 2002 und 2003 stagnierte das deutsche BIP. Ein Impuls ging dann im Jahr 2004 vom Export aus, und gleichzeitig begannen die Unternehmen auch mehr in Ausrüstungen zu investieren. Das hohe Produktivitätswachstum und die sinkenden Lohnstückkosten haben maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen. Die Verlagerung von Teilen der Produktion, etwa in osteuropäische Niedriglohnländer, hat den deutschen Unternehmen Kostenvorteile verschafft. Der Unternehmenssektor hat mit diesem Restrukturierungskurs deutlich an Leistungsfähigkeit gewonnen. Angeführt von der Exportwirtschaft, griff die positive Entwicklung auch auf die Inlandsnachfrage über. Im Jahr 2006 machte das BIP-Wachstum 2.8 % aus, wobei die Exportwirtschaft ein Rekordergebnis erzielte. Auch die Inlandsnachfrage hat deutlich stärker als in den vergangenen Jahren zugelegt. Die Arbeitslosenquote ist 2006 um einen Prozentpunkt gefallen. Die Teuerung blieb moderat.

Am Anfang des Prognosehorizonts festigt sich in der deutschen Wirtschaft die Hochkonjunktur. Der Personalaufbau erstreckt sich über weite Teile der Wirtschaft, im Dienstleistungssektor ist die Nachfrage jedoch am größten. Der starke Euro und die konjunkturelle Beruhigung in Nordamerika schaden

der Nachfrage im deutschen Maschinen- und Anlagenbau nicht. Der Wachstumsmotor bleibt daher die Außenwirtschaft. Im *"Global Competitiveness Index"*, den das *World Economic Forum* im vergangenen September vorlegte, hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts im internationalen Vergleich etwas verschlechtert, Deutschland liegt jedoch noch immer deutlich vor Frankreich, Spanien und Italien. Mit der Unternehmensteuerreform 2008 wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland steigen. Die strukturellen Verbesserungen der vergangenen Jahre haben zu einem höheren Wachstumspotenzial geführt. Die deutsche Wirtschaftsleistung wird im Prognosezeitraum um durchschnittlich 2 ¼ % zulegen. Die Inflation dürfte dabei durchschnittlich 1.4 % betragen. Die Arbeitsmarktreformen Hartz I bis IV geben der Angebotsseite zwar einen Impuls, sie sind jedoch nicht ausreichend, um ein dauerhaftes Beschäftigungswachstum zu sichern.

Wie in Deutschland, so verzeichnete auch die **italienische** Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum. In den Jahren 2002 bis 2006 betrug der durchschnittliche Zuwachs 0.7 %. Die dynamische Entwicklung und die Flexibilität, traditionelle Merkmale der italienischen Wirtschaft, sind mit der Einführung der Gemeinschaftswährung verloren gegangen. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Exportwirtschaft kann nun nicht mehr durch Währungsabwertungen beseitigt werden. Seit 2001 verzeichnete daher die Wirtschaft Italiens starke Marktanteilsverluste im Export. Steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der italienischen Industrie in nur langsam wachsenden Segmenten der Weltwirtschaft sind zwei Gründe für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten aus Asien. Deutlich schwächer als in den Nachbarländern erwies sich daher die Dynamik in der exportorientierten Wirtschaft. Während es der deutschen Wirtschaft gelang, die Produktivität zu verbessern, verzeichnete die italienische Wirtschaft in den vergangenen Jahren sogar einen Rückgang in der Produktivität. Die notwendigen Strukturreformen (etwa verstärkte Anreize zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung von Forschung und Entwicklung und die Liberalisierung des Dienstleistungs- und Elektrizitätsmarktes) wurden noch nicht angegangen. In den vergangenen fünf Jahren erwies sich lediglich die Inlandsnachfrage als Stütze der Konjunktur. Insbesondere entwickelten sich die Ausgaben der öffentlichen Hand und die Investitionstätigkeit im Bausektor relativ robust. Ein Erfolg konnte in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Die Arbeitslosenquote fiel von 8.6 % im Jahr 2002 auf 6.8 % im Jahr 2006. Die Inflationsrate betrug in den Jahren 2002 bis 2006 durchschnittlich 2.4 % und lag somit über dem Wert des Euroraums.

Die Hochkonjunktur der Weltwirtschaft hat seit Anfang 2006 auch in Italien zu einer Verbesserung der Exportnachfrage geführt. Im Jahr 2007 wird der Aufschwung in der Außenwirtschaft anhalten. Das Institut rechnet damit, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nicht nachlässt. Aus mittelfristiger Sicht dürfte sich daher die Wirtschaftsleistung Italiens wieder schneller als in den vergangenen fünf Jahren beschleunigen. Im Prognosezeitraum wird die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt auf 1 ¼ % geschätzt. Mit dem Auslaufen des Wechselkurseffekts kann man mit einer schwachen Belebung der Nachfrage nach italienischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland rechnen. Insbesondere gewinnt die Binnennachfrage an Dynamik. Bei den Konsumausgaben wird der Zuwachs deutlich stärker als in den vergangenen Jahren ausfallen, und es wird mehr in Ausrüstungsgüter investiert. Die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung lässt die stimulierenden Maßnahmen von Seiten der

öffentlichen Hand für die Wirtschaft geringer ausfallen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte ins Stocken geraten. Bei den Verbraucherpreisen ist in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Anstieg von mehr als 2 % zu rechnen.

Die Wirtschaft **Frankreichs** entwickelte sich in den vergangenen Jahren etwas robuster als die deutsche oder die italienische Wirtschaft. Im Zeitraum 2002 bis 2006 betrug das Wachstum im Jahresdurchschnitt 1.5 %. Die private Haushaltsnachfrage bildete die treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Die Konsumausgaben stiegen in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt um 2.3 %. Die Außenwirtschaft litt an der schwachen Nachfrage aus dem Euroraum. Den moderat wachsenden Exporten standen hohe Importe gegenüber. Somit schrumpfte der Außenhandelsüberschuss von 2001 bis 2003. In den vergangenen drei Jahren wies der Außenhandel ein Defizit mit ansteigender Tendenz aus. Die Staatsfinanzen haben sich in den vergangenen fünf Jahren stetig verbessert. Im Jahr 2006 hat sich das Budgetdefizit auf 2.6 % des BIP verringert. Die steigende Beschäftigung hat den Arbeitsmarkt bislang nicht wesentlich entlastet. Die Arbeitslosenquote stieg von 8.7 % im Jahr 2002 auf 9.7 % im Jahr 2006. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt 2.1 %. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise wurden nur zum Teil auf die Verbraucher überwältigt.

Im Prognosezeitraum wird das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Frankreichs bei 2 % liegen. Zu Beginn des Prognosezeitraums profitiert die französische Außenwirtschaft vom Aufschwung in Deutschland. Die größten Impulse gehen jedoch noch immer von der Inlandsnachfrage aus. Wie in den Nachbarländern nimmt auch in Frankreich die Beschäftigung zu, damit steigt das verfügbare Einkommen. Der wichtigste Wachstumsmotor bleibt daher der private Konsum. Eine leichte Wachstumsbeschleunigung wird es bei den Anlageinvestitionen geben. Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden weiterhin verhalten bleiben. Die Teuerungsrate dürfte 1.6 % ausmachen, und auf dem Arbeitsmarkt ist eine Stabilisierung in Sicht. Die neuen Steuerreformpläne zielen darauf ab, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.5 % sehr robust. Die Inflation betrug 1.7 %. Die Geld- und Fiskalpolitik hat in den vergangenen Jahren zur makroökonomischen Stabilität beigetragen. Die Dienstleistungsbranche hat sich vom Wachstumspfad der güterverarbeitenden Industrie abgekoppelt. Während die Wertschöpfung in der güterverarbeitenden Industrie (inklusive Energie) in den vergangenen fünf Jahren stagnierte, ist sie bei den Dienstleistungen jährlich um 5 % gewachsen. Die Probleme in der güterverarbeitenden Industrie können durch das Wechselkursverhältnis des Britischen Pfund zum Dollar und zum japanischen Yen erklärt werden, das ausländische Produkte gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil verschafft hat. Die Importe nahmen stärker als die Exporte zu, was in den Jahren 2002 bis 2006 zu einer deutlichen Verschlechterung des Außenbeitrags führte. In den Jahren 2002 bis 2004 verzeichnete die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs eine starke Konsumnachfrage, die sich jedoch im Jahr 2005 abschwächte. Die Gründe dafür sind die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, die Energiekosten und die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung. Durch die Zurückhaltung der Konsumenten hat sich der Immobilienmarkt

abgekühlt. Im Jahr 2006 wurde die Schwächephase des Vorjahres überwunden, wobei die hohe Dynamik der Weltkonjunktur eine wesentliche Rolle spielte.

Zu Beginn des Prognosezeitraums tragen steigende Löhne und Gehälter zu höheren Konsumausgaben bei. Der Dienstleistungssektor, insbesondere der Immobilien- und der Finanzdienstleistungssektor, verdeckt die strukturelle Schwäche der verarbeitenden Industrie. Es ist zu erwarten, dass sich die güterverarbeitende Industrie in den kommenden Jahren schwächer als in den anderen Industrieländern entwickeln wird. Das Außenhandelsdefizit wird daher weiterhin hoch bleiben. Die Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum dürften jedoch bestehen bleiben, wobei die wesentlichen Impulse vom Dienstleistungssektor ausgehen werden. Die Investitionen in Ausrüstungsgüter werden stärker zunehmen als in den vergangenen Jahren. Bei den Bauinvestitionen ist hingegen eine Wachstumsabschwächung in Sicht. Die Konsumnachfrage bleibt die Stütze der Konjunktur. Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um durchschnittlich 2 ½ % wachsen. Die Inflation dürfte im Durchschnitt 2.3 % betragen. Eine weitere Absenkung der Arbeitslosenquote ist nicht zu erwarten.

Die **Schweiz** zählt zwar zu den reichsten Ländern der Welt, das Wirtschaftswachstum ist jedoch im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern niedrig. In den Jahren 2002 bis 2006 wuchs das Schweizer BIP um durchschnittlich 1.4 %. Das schwache Wirtschaftswachstum ist auf strukturelle Faktoren zurückzuführen. In den Jahren 2001 bis 2003 verzeichnete die Schweizer Wirtschaft eine rückläufige Produktivität, was zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der güterverarbeitenden Industrie führte. Als kleine offene Wirtschaft hat jedoch die Außenwirtschaft des Landes eine besondere Rolle. Mit dem starken Wertgewinn des Schweizer Franken gegenüber den wichtigsten Handelswährungen brachen die Exporte ein, und die Industrie der Schweiz geriet in eine Rezession. In den Jahren 2002 und 2003 stagnierte die Wirtschaftsleistung. Die schlechte Stimmung breitete sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus. Preissteigerungen konnten nicht weitergegeben werden, und die Arbeitslosigkeit nahm zu. In den Jahren 2004 bis 2006 hingegen befand sich die Schweizer Außenwirtschaft wiederum im Aufwind. Die internationale Nachfrage hat stark zugenommen, gleichzeitig verlor der Schweizer Franken gegenüber dem Euro an Wert und die Produktivität der Schweizer Industrie hat sich wieder deutlich verbessert. In der 2006 vom *World Economic Forum* veröffentlichten Rangliste der wettbewerbsfähigsten Nationen nimmt die Schweiz erstmals den Spitzenplatz ein. Zu ihren Stärken zählen Innovationsfreudigkeit und eine gut ausgebaute Infrastruktur.

Zu Beginn des Prognosezeitraums herrscht in der Schweiz Hochkonjunktur. Ein starker Impuls kommt von der Exportwirtschaft, und auch die Inlandsnachfrage bleibt breit abgestützt. Die günstige Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung stützt den Konsum. Der Schweizer Immobilienmarkt befindet sich in einem Aufschwung. Die Investitionen in Ausrüstungen werden belebt bleiben. Derzeit haben Fusionen und Übernahmen Hochkonjunktur. Die Erholung am Arbeitsmarkt ist im vollen Gang. Die Inflationperspektiven sind trotz der guten Wirtschaftsentwicklung günstig. Der zunehmende Wettbewerb in der Schweiz und die Öffnung des Arbeitsmarktes werden die Preise weiterhin unter Kontrolle halten. In den folgenden Jahren wird die Binnennachfrage das Wirtschaftswachstum vorantreiben. Im Prog-

nosezeitraum dürfte die Schweizer Wirtschaft jährlich um $1\frac{3}{4}\%$ zulegen. Die Arbeitslosenquote wird auf durchschnittlich 3.4% geschätzt. Die Inflation wird durchschnittlich 1.6% betragen.

Die Wirtschaft der **USA** erzielte im Zeitraum 2002 bis 2006 mit 2.9% das höchste Durchschnittswachstum innerhalb der G-7 Länder. Im Jahr 2002 begann sich die US-Wirtschaft vom Einbruch an den Finanzmärkten und von der Rezession in der güterverarbeitenden Industrie zu erholen, und somit nahm auch die Bereitschaft der US-Unternehmer in Ausrüstungen zu investieren, zu. Der Produktivitätszuwachs pro Arbeitsstunde machte in den Jahren 2002 und 2003 durchschnittlich 4% aus, gleichzeitig sind die Lohnstückkosten gesunken und das verfügbare Einkommen ist gestiegen. 2004 erreichte die konjunkturelle Entwicklung der US-Wirtschaft einen Höchststand. Getrieben wurde das Wirtschaftswachstum von den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die Immobilienbranche verzeichnete dabei einen Höhenflug, zurückzuführen auf niedrige Finanzierungskosten und das steigende Einkommen der privaten Haushalte. Im Jahr 2005 setzte eine konjunkturelle Abschwächung ein und 2006 geriet die Immobilienbranche in eine Rezession. Der Boom beim Eigenheimbau wurde von der Illusion ständig steigender Immobilienpreise ausgelöst. So betrugen die jährlichen Wertsteigerungen zwischen 2003 und 2006 an die 20% . Als die Immobilienpreise zu fallen begannen, konnten viele Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden. Die Probleme in der Immobilienbranche haben sich nicht auf die anderen Wirtschaftsbereiche ausgeweitet. Der schwache Dollar hat zwar die Inflation angetrieben, positive Auswirkungen machten sich aber in der Exportentwicklung bemerkbar. Mit der Beschäftigungsbelegung in den vergangenen drei Jahren hat die Arbeitslosigkeit abgenommen. Im Zeitraum 2002 bis 2006 machte die Arbeitslosenquote durchschnittlich 5.4% aus, die Inflation betrug 2.6% , wobei sich in den vergangenen zwei Jahren der Preisdruck deutlich verstärkt hat.

Die Wachstumsabschwächung am Anfang des Prognosehorizonts geht vor allem auf die Entwicklung in der Bauwirtschaft zurück. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zeichnet sich heuer eine Abschwächung ab. Das Risiko, dass die Krise in der Baubranche auch eine Abschwächung bei den Konsumausgaben nach sich zieht, hat sich inzwischen deutlich verringert. Ein Grund für die Gelassenheit der Verbraucher ist der stabile Arbeitsmarkt. Ein stärkerer Impuls als in den vergangenen Jahren wird von der Außenwirtschaft erwartet, weil sich die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Wirtschaft verbessert. In den folgenden Jahren wird es Fortschritte in der Produktivität geben. Von der Fiskalpolitik des Landes ist hingegen kein stimulierender Effekt zu erwarten, weil das hohe Budgetdefizit reduziert werden muss. In der Geldpolitik ist keine weitere Straffung in Sicht. Mit einem raschen Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits kann in den nächsten Jahren nicht gerechnet werden. Es zeichnen sich keine Probleme für die Wirtschaft der USA ab, solange genug Kapital aus dem Ausland zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits in das Land fließt. Im Prognosezeitraum wird das BIP um durchschnittlich $2\frac{3}{4}\%$ zulegen. Die Inflationsrate wird von 2.8% im heurigen Jahr auf 2.2% im Jahr 2011 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird auf 4.2% sinken.

Die **japanische** Wirtschaft wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.7% . Nach einer schwachen Entwicklung in den Jahren 2001 und 2002 erlebte die japanische Wirtschaft den lang erwarteten Aufschwung. Die belebte Exportentwicklung im Jahr 2002 leitete einen Konjunkturaufschwung in der japanischen Wirtschaft ein. Einerseits profitierte die japanische Außenwirtschaft von

der Nachfragebelebung in den USA, andererseits war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen des Landes ausgerichtet. Darüber hinaus profitiert die japanische Wirtschaft von Einkommensrückflüssen aus Auslandsinvestitionen. Die Arbeitsproduktivität hat stark zugenommen. In den vergangenen fünf Jahren betrug der durchschnittliche Zuwachs 2.9 %. Die Wachstumsraten reflektieren die Tatsache, dass die Strukturprobleme in der japanischen Wirtschaft bewältigt worden sind. Die Haushaltsausgaben begannen zu steigen, weil auch die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen ist. Es ist ein Trend zur selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung zu beobachten.

Am Anfang des Prognosehorizonts bleibt die konjunkturelle Entwicklung in Japan exportgestützt. Die gute Weltkonjunktur und der schwache Yen stimulieren den japanischen Außenhandel. China gewinnt als Zielland für japanische Exporte und Auslandsinvestitionen an Bedeutung. Die japanische Wirtschaft profitiert auch von der Nachfrage aus Europa, womit das Nachlassen der Nachfrage aus den USA abgefedert wird. Der Leistungsbilanzüberschuss wächst daher weiter an. In Japan verlieren die Bauinvestitionen an Dynamik. Der Dienstleistungssektor wird zur treibenden Wirtschaftskraft. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften und die sinkende Arbeitslosenquote stärken das Konsumentenvertrauen. In den folgenden Jahren wird sich die Belebung in der Binnennachfrage verstärken. Vor allem wird der Konsum der privaten Haushalte wieder kräftiger zunehmen. Die deflationäre Preisentwicklung dürfte beendet sein. Im Prognosezeitraum wird die japanische Wirtschaft im Durchschnitt um 2 % zulegen.

Das solide Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer, des Beitrittskandidaten Kroatien** sowie **Russlands** dürfte mittelfristig auf hohem Niveau bleiben. Durch die Festlegung des EU-Finanzrahmens für 2007 bis 2013 und der Fördermittel für die einzelnen EU-Mitgliedsländer ist mit einer Zunahme der von der Europäischen Union geförderten Projekte (vor allem Infrastrukturinvestitionen) zu rechnen, wodurch sich das Produktionspotenzial dieser Länder mittelfristig erhöhen wird.

Gleichzeitig wird das Wachstum durch unausweichlich gewordene Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Ungarn, Polen, der Slowakei, Kroatien und Tschechien – und zusätzlich durch Maßnahmen zur Reduktion der hohen Leistungsbilanzdefizite in der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien – gedämpft. Die Reduzierung der hohen Budgetdefizite bleibt mittelfristig eine große Herausforderung für die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien und für den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II) und später zum Euroraum (EWU). Als erstes der zwölf neuen EU-Mitgliedsländer ist Slowenien im Jänner 2007 dem Euroraum beigetreten, Zypern und Malta werden am 1. Jänner 2008 folgen. Die Slowakei dürfte, wenn die Maastricht-Kriterien rechtzeitig erfüllt werden, wie geplant 2009 dem Euroraum beitreten. Während Bulgarien im Laufe des heurigen Jahres dem WKM II beitreten wird und im Prognosezeitraum in den Euroraum aufgenommen werden könnte, ist eine Mitgliedschaft der anderen Neu-Mitglieder in der Europäischen Währungsunion erst nach 2011 zu erwarten.

Obwohl der EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens Anfang 2007 erfolgte, werden weitere Reformanstrengungen in den nächsten Jahren erwartet. Diese betreffen vor allem das Justizsystem, die Absorption und Verwaltung der EU-Finanzhilfen, die Korruption und die Lebensmittelsicherheit. Zusätzlich werden von Bulgarien weitere Fortschritte im Kampf gegen die organisierte Kriminalität verlangt. Im ersten Bericht über die Reformfortschritte dieser neuen EU-Mitgliedsländer unterstreicht die EU-Kommission die Notwendigkeit der Fortsetzung der Reformen. Die EU-Kommission kann spezifische Schutzklauseln verhängen, abhängig von weiteren Reformschritten.

Steigende Exporte in Folge einer dynamischen Auslandsnachfrage und eine kräftige Inlandsnachfrage dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der mittel- und osteuropäischen Länder auswirken. Weitere Herausforderungen bleiben die Senkung der Arbeitslosigkeit in Polen, der Slowakei und Kroatien und die Dämpfung der Inflation.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **ungarische** BIP um 4.3 % gewachsen. Nach einer dynamischen Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2006 wird die ungarische Wirtschaft heuer und im nächsten Jahr wegen der Umsetzung des Sparpakets mit dem Schwerpunkt auf der Erhöhung der Budgeteinnahmen langsamer wachsen. Die Exporte und die Bruttoinvestitionen dürften in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben und das Wachstum stützen. Die Implementierung radikaler Strukturreformen zur Senkung der Budgetausgaben wird kurzfristig die Inlandsnachfrage dämpfen. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend $3\frac{1}{4}$ % erreichen.

Nach einer dynamischen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (4 %) dürfte sich das **polnische** BIP-Wachstum weiter beschleunigen und $4\frac{3}{4}$ % im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 betragen. Hohe Investitionen, finanziert durch EU-Fördermittel, werden das BIP-Wachstum stützen. Mit EU-Mitteln in der Höhe von rund 90 Mrd. Euro wird Polen im Zeitraum 2007 bis 2013 zum größten Empfängerland der EU. Kräftiger Konsum und hohe Exporte als Resultat einer dynamischen Auslandsnachfrage dürften das Wachstum ebenfalls antreiben. Die restriktive Geldpolitik und die notwendigen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen dürften das Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen.

In **Tschechien** sollte sich das Wachstum nach einem Durchschnitt von 4.6 % in den Jahren 2002 bis 2006 mittelfristig leicht abschwächen und im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 $4\frac{1}{4}$ % betragen. Nach einer besonders dynamischen Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2005 und 2006, getragen von den Nettoexporten und den Anlageinvestitionen, belebt sich der private Konsum und die Importe steigen, wodurch der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum sinkt. Die nächsten Jahre werden durch eine restriktivere Budget- und Geldpolitik geprägt sein, um das Budgetdefizit unter 3 % zu halten und die Bedingungen für die Teilnahme am WKM II und die Euro-Einführung zu erfüllen. Wichtige Voraussetzungen für eine Reduktion des Budgetdefizits sind Fortschritte bei der Renten- und Gesundheitsreform und eine zurückhaltende Ausgabenpolitik.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2002 bis 2006 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 5.6 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP-Wachstumsrate von $6\frac{1}{4}$ % besonders dynamisch entwickeln. Die Nettoexporte, getragen von der Autoindustrie, die Investitionen und der private Konsum werden das Wachstum in der Prognoseperiode stützen. Die weitere Senkung des Budgetdefizits und der hohen Arbeitslosigkeit sowie die Dämpfung der Inflation bleiben wichtige Herausforderungen. Weitere Arbeitsmarktreformen dürften sich mittelfristig positiv auf die Beschäftigung und das Wachstum auswirken. Eine restriktivere Budget- und Geldpolitik ist notwendig, um die Inflation zu dämpfen und die Voraussetzungen für den 2009 geplanten Beitritt zum Euro-Raum zu erfüllen.

Für **Slowenien** wird ein durchschnittliches Wachstum von $4\frac{1}{2}$ % für die Jahre 2007 bis 2011 erwartet, womit der Wachstumstrend gegenüber den letzten fünf Jahren (4 %) an Dynamik gewinnt. Die gute Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern (Deutschland, Italien und Frankreich) dürfte die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Dynamik der Investitionen und des privaten Konsums zum BIP-Wachstum beitragen. Die Euroraum-Mitgliedschaft dürfte das BIP Sloweniens mittelfristig durch eine verstärkte Handelsdynamik steigern. Darüber hinaus dürfte sich die Anfälligkeit gegenüber Schocks weiter verringern und die Anpassungsfähigkeit verbessern.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **rumänische** BIP um 6.1 % gewachsen. In den nächsten fünf Jahren dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf $5\frac{1}{4}$ % belaufen. Die Anlageinvestitionen und der private Konsum bleiben die bestimmenden Kräfte des BIP-Wachstums, während der Außenbeitrag dämpfend wirkt. Herausforderungen bleiben die weitere Implementierung der Wirtschaftsreformen sowie die Senkung der Inflation und des Leistungsbilanzdefizits. In rasch wachsenden Ländern wie Rumänien und Bulgarien können negative Leistungsbilanzsalden als Folge des Aufholprozesses betrachtet werden. Allerdings ist es wichtig, dass die hohen Leistungsbilanzdefizite eine dynamische Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft und nicht nur hohe Konsumausgaben widerspiegeln.

Nach einem BIP-Wachstum von 5.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2007 bis 2011 ein durchschnittliches Wachstum von $5\frac{1}{4}$ % erreichen. Diese dynamische Entwicklung wird von den Anlageinvestitionen und dem privaten Konsum angetrieben. Dämpfend wirkt dagegen der Außenbeitrag. Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen und institutionellen Reformen gilt als Voraussetzung für die Erreichung hoher Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Mittelfristig bleibt die Senkung der Arbeitslosigkeit und des hohen Leistungsbilanzdefizits die wichtigste Herausforderung.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **kroatische** BIP um 4.8 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2011 dürfte sich die kroatische Wirtschaft mit einer BIP-Wachstumsrate von $4\frac{1}{4}$ % weiter dynamisch entwickeln. Aufgrund schnell steigender Kredite an Unternehmen und private Haushalte dürften die Investitionen und der private Konsum in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben und das Wachstum stützen. Die verstärkten Reformbestrebungen des Kandidatenlandes Kroatien, die von den Beitrittsperspektiven motiviert sind, werden das Wirtschaftswachstum in

den nächsten Jahren fördern. Die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits, die hohe Auslandsverschuldung sowie die hohe Arbeitslosigkeit könnten das Wachstum dämpfen. Ein Stopp des Anstiegs der Auslandsschulden in Relation zum BIP ist ein prioritäres Ziel der kroatischen Wirtschaftspolitik.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 6.5 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten und der Inlandsnachfrage, mit besonders dynamischen Investitions- und Konsumausgaben, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2007 und 2011 $5\frac{1}{2}$ % betragen. Strukturelle Probleme der russischen Wirtschaft (unter anderem in der Verwaltung und im Gassektor) und ein Stopp des Ölpreisanstiegs könnten das Wachstum negativ beeinflussen. Andererseits dürfte sich die Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2002-2006	2007-2011
Welthandel	7.1	7
BIP, real		
Deutschland	0.9	2 ¼
Italien	0.7	1 ¾
Frankreich	1.5	2
Vereinigtes Königreich	2.5	2 ½
Schweiz	1.4	1 ¾
USA	2.9	2 ¾
Japan	1.7	2
Polen	4.0	4 ¾
Slowakei	5.6	6 ¼
Tschechien	4.6	4 ¼
Ungarn	4.3	3 ¼
Slowenien	4.0	4 ½
Bulgarien	5.7	5 ¼
Rumänien	6.1	5 ¼
Kroatien	4.8	4 ¼
Russland	6.5	5 ½
Euroraum	1.6	2 ¼
NMS-12	4.6	4 ¾
EU-27	1.9	2 ½
OECD	2.4	2 ¾
Österreichische Exportmärkte	7	5 ¾
USD/EUR Wechselkurs*)	1.16	1.30
Rohölpreise**)**)	41.8	64

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

NMS-12: Die 12 Staaten, die 2004 bzw. 2007 der Europäischen Union beigetreten sind.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft konnte sich in den vergangenen Jahren gut behaupten. Der Anteil der österreichischen an den weltweiten Exporten betrug in den Jahren 2002 bis 2006 durchschnittlich 1.2 %. Anteilsgewinne wurden bis zum Jahr 2004 erzielt, in den folgenden zwei Jahren ist der Anteil wieder leicht gesunken. Der Anteil der österreichischen an den weltweiten Dienstleistungsexporten war in den vergangenen fünf Jahren mit einem Durchschnitt von 2.2 % deutlich höher als jener der Warenexporte. Die Anteilsverluste, die in den 1990er Jahren im Dienstleistungssektor verzeichnet wurden, konnten jedoch bislang nicht mehr aufgeholt werden.

Die Exportquote (Exporte i.w.S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg in den vergangenen fünf Jahren von 48.8 % auf 56.1 %, die Quote der Warenexporte stieg von 35.3 % auf 41.2 %. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sind die Exporte um rund 1 ¼ Prozentpunkte langsamer als die Exportmärkte Österreichs gewachsen, damit hat die österreichische Exportwirtschaft geringfügig Marktanteile verloren. Diese Entwicklung zeigt, dass zwar die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs an Bedeutung gewinnen, gleichzeitig jedoch auch die Konkurrenz der anderen Länder zunimmt.

Der Verlauf der österreichischen Außenwirtschaft ist eng mit der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft und mit den Wechselkursschwankungen verbunden. Der globale konjunkturelle Abschwung in den Jahren 2001 und 2002 bewirkte eine markante Verlangsamung in der österreichischen Exportentwicklung. Darüber hinaus dämpfte 2003 der Wertgewinn des Euro gegenüber dem Dollar die Exportchancen der österreichischen Außenwirtschaft. Durch Produktivitätssteigerungen und die günstige Arbeitskostenentwicklung blieb die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft jedoch erhalten. Mit der boomenden Weltkonjunktur gewannen die österreichischen Exporte in den vergangenen drei Jahren wieder an Fahrt. Da die Importe auch von den Exporten mitbestimmt werden, zeigte sich hier ein ganz ähnlicher Konjunkturverlauf. Nach einem sehr guten Ergebnis im Jahr 2006 wird die Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft im Prognosezeitraum etwas nachlassen. Im Jahr 2007 zeichnet sich eine Wachstumsverlangsamung bei den österreichischen Exporten in die USA ab. Die Nachfrage aus Asien und die österreichischen Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder sowie nach Südosteuropa bleiben hingegen robust. Marktanteile werden voraussichtlich beim Export in den Euroraum verloren gehen. Das Institut rechnet jedoch mit Marktanteilsgewinnen beim Export in die Schwellenländer und in die industrialisierten Länder Asiens. Der Preisdruck in der österreichischen Außenwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum abklingen.

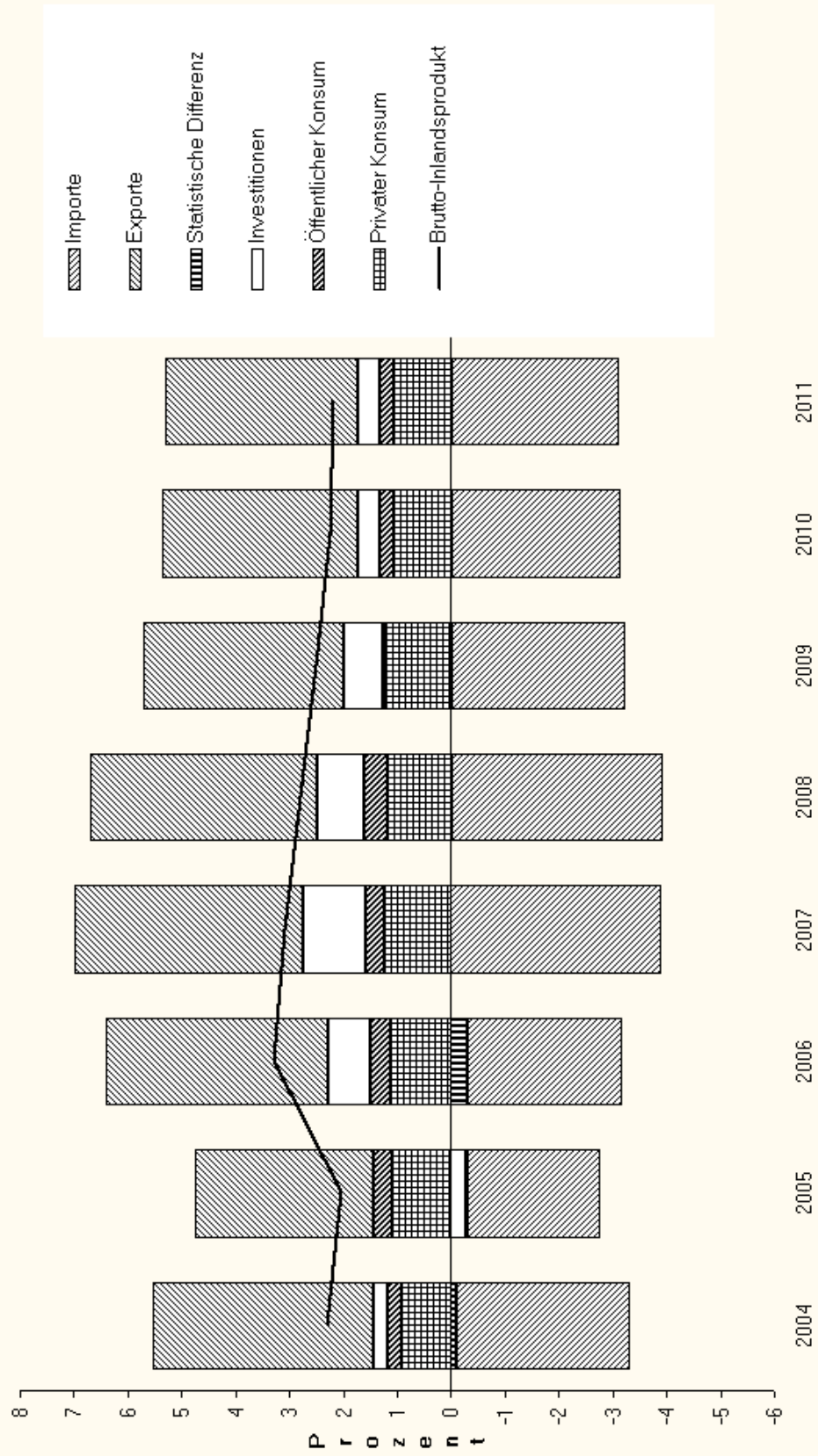
Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 2002 bis 2006 im Jahresdurchschnitt um 7.4 %. Besonders gut entwickelten sich die Exporte nach Amerika und Asien. Im Zeitraum 2002 bis 2006 ist der Anteil der österreichischen Warenexporte in den Euroraum an den gesamten österreichischen Warenexporten von 55 % auf 52.2 % gesunken. Der Anteil der Exporte nach Amerika hat hingegen an Bedeutung gewonnen. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 8.2 % zulegen. In regionaler Betrachtung wird voraussichtlich der Handel mit den neuen Mitgliedsländern der EU und mit den asiatischen Ländern ausgebaut werden, da diese Länder

das höchste Wirtschaftswachstum aufweisen werden. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um 6.4 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 7.9 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die seit 2002 einen Überschuss ausweist, wird auch in den kommenden Jahren positiv abschließen, und dies mit steigenden Überschüssen.

Die österreichische Tourismusindustrie erzielte in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 3.4 %. Die höchsten Zuwächse wurden im Jahr 2003 verzeichnet. Die heimischen Unternehmen profitierten damals noch immer von den politischen Unsicherheiten, die weltweit herrschten. Aufgrund der schwachen konjunkturellen Lage in den Nachbarländern fielen die Zuwächse in den folgenden Jahren geringer aus. Mit der Festigung der internationalen Konjunktur nimmt im laufenden und im nächsten Jahr die Auslandsnachfrage nach Urlauben in Österreich wieder etwas stärker zu. In den darauffolgenden Jahren ist mit einer leichten Nachfrageverlangsamung zu rechnen, insgesamt entwickelt sich der Tourismus aber weiterhin recht dynamisch.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5.6 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 6.3 % zulegen. Die realen Warenexporte werden durchschnittlich um 7.2 % wachsen, verglichen mit 6.4 % in den vergangenen fünf Jahren. Im Prognosezeitraum werden die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.7 % zunehmen. Noch im laufenden und im nächsten Jahr ist mit einem Aufleben der Importkonjunktur zu rechnen. Die Wachstumsdynamik wird sich dann aber ab dem Jahr 2009 leicht abschwächen. Die realen Importe i.w.S. werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 6.2 % wachsen, nach 4.5 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 6.8 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 2.1 % zulegen.

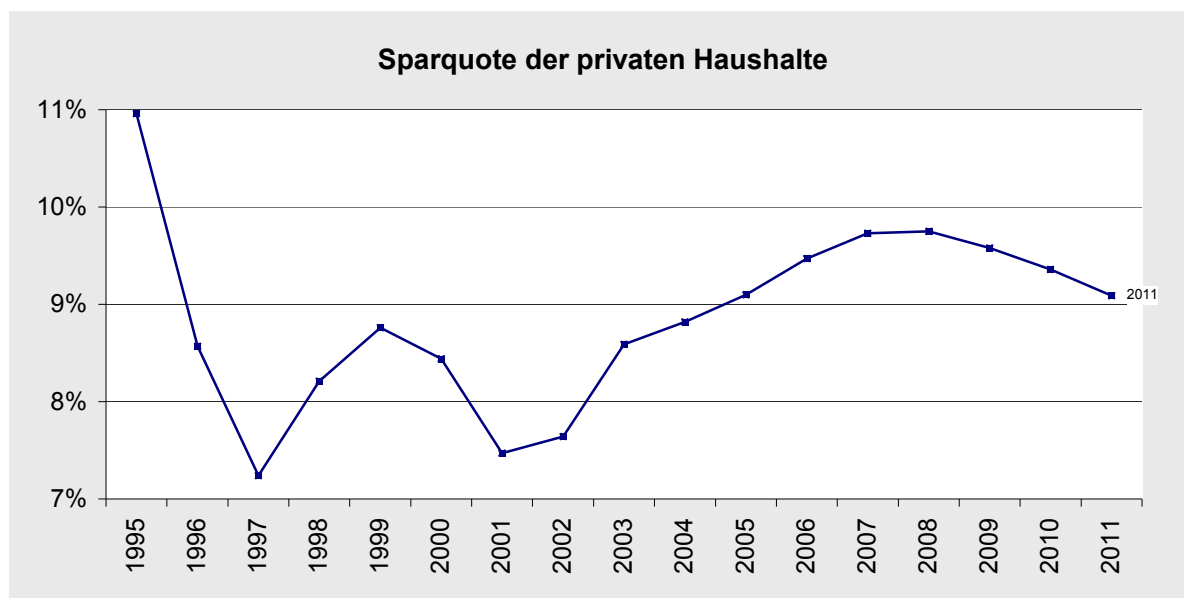
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum folgt der **private Konsum** der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen, steigt jedoch mit 2.2 % pro Jahr in konstanten Preisen geringfügig schneller als die realen Einkommen (durchschnittlich 2.1 %). Entsprechend geht die **Sparquote der privaten Haushalte** von 9.7 % im Jahr 2007 auf 9.1 % im Jahr 2011 zurück.

Im Einzelnen verläuft die Entwicklung der Haushaltsnachfrage in zwei aufeinander folgenden Phasen. Zunächst, in den Jahren 2007 und 2008, hält die Ausweitung der Konsumausgaben mit den kräftigen Einkommenszuwächsen nicht Schritt. Dies führt zu einem weiteren Anstieg der Sparquote. Ab 2009 flacht die Einkommensdynamik ab, im Jahr 2011 wird nur mehr eine reale Steigerung von 1.7 % erwartet. Die privaten Haushalte verfügen dann jedoch über genügend Sparpolster, um ihre vordem gewohnte Konsumtätigkeit weiter fortzusetzen und reduzieren so per saldo die Sparquote.



Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der Haushaltssparquote. Seit 2003 ist ein beständiger Auftrieb zu erkennen, der erst ab dem Kulminationspunkt 2008 von einem allmählichen Rückgang abgelöst wird. Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Steuerreform der letzten Legislatur offenbar keine merklichen Effekte auf diese Bewegung ausgelöst hat.

Das Bild ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Zunächst fällt auf, dass der Wert der Haushaltssparquote im internationalen Vergleich eher hoch ist. Für kleinere EU-Länder mit nahezu ausgeglichenem Staatshaushalt wären niedrigere Sätze typisch, nur große Länder mit Budgetproblemen weisen deutlich höhere Werte auf. Die Institutsprognose nimmt das sparfreudige Verhalten der österreichischen Haushalte zur Kenntnis und lässt diese Richtgröße gegen einen Wert von rund 9 % streben. Als Motive für die starke Sparneigung der Österreicher und Österreicherinnen lassen sich demografische

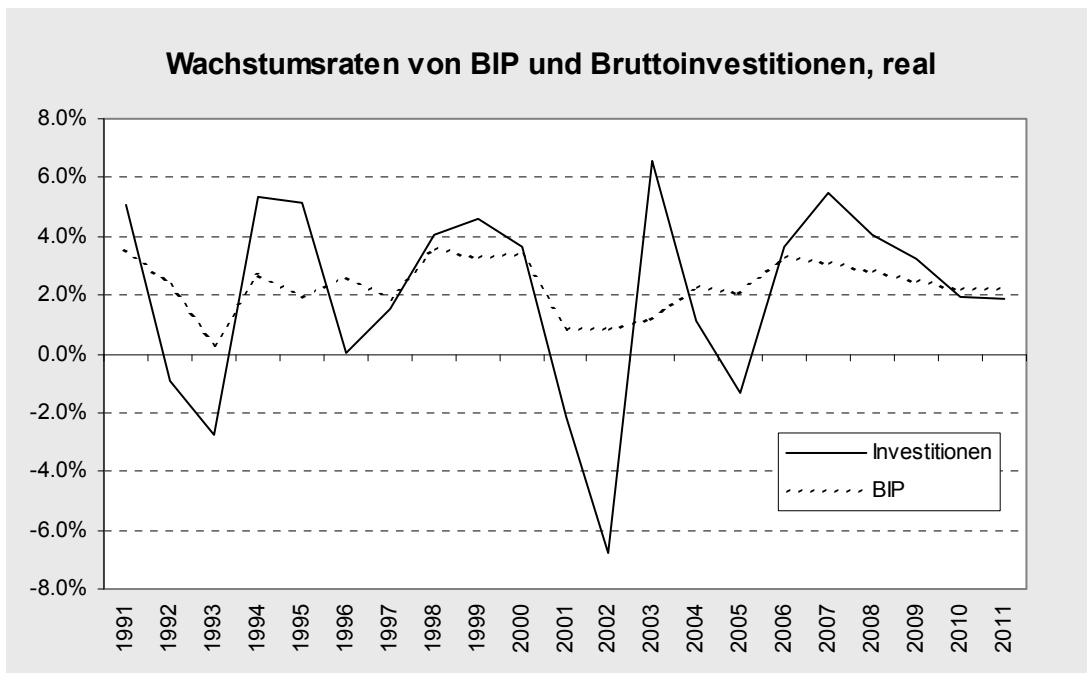
Entwicklungen und der damit zusammen hängende Bedarf an zusätzlicher, individueller Altersvorsorge nennen.

Außerdem verläuft die Dynamik im Vergleich mit früheren Episoden äußerst ruhig. Über einen Zeitraum von acht Jahren liegt die Sparquote in einem Band von einem Prozentpunkt. Ein derart beständiges Festhalten an der Aufteilung der Einkünfte zwischen Vermögensbildung und Verbrauch ist den Haushalten nur möglich, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ohne Brüche und Überraschungen erhalten bleiben. Zu diesen zählen außer der Gebarung der öffentlichen Hand und der Variabilität der Einkommensentwicklung sicher auch der Preisaufrtrieb und die Zinssätze. Keiner dieser Indikatoren weist in den letzten Jahren und auch im Prognosezeitraum überraschende und die Planung störende Bewegungen auf.

Für die Konsum- und Sparpläne der privaten Haushalte hat nach Ansicht einiger Ökonomen speziell der Realzinssatz eine gewisse Bedeutung. Das Muster der zunächst noch steigenden und danach fallenden Haushaltssparquote stimmt mit den Bewegungen des Realzinssatzes über den Prognosezeitraum überein. Allerdings konnten die zuletzt sehr niedrigen Realzinssätze den Anstieg der Sparquote seit 2002 nicht bremsen, sodass ein signifikanter Einfluss des Zinssatzes – solange dieser keine Toleranzgrenzen durchstößt – auf die Ausgabenplanung der Haushalte weiter zweifelhaft ist.

Die realen **Bruttoinvestitionen** stellen die volatilste Nachfragekomponente des Bruttoinlandsprodukts dar. Die Investitionen tragen wesentlich zu den konjunkturellen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei, obwohl sie mit einem Anteil von rund 20 % an der gesamten Wirtschaftsleistung nur ein verhältnismäßig kleines Aggregat darstellen. So sind, wie die Abbildung zeigt, die Investitionen im Jahr 2002 um knapp 7 % gesunken und im folgenden Jahr um etwa 6 ½ % gestiegen. Im Vergleich dazu erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren jeweils um rund 1 %.

Im Zeitraum 2002 bis 2006 wurden die Bruttoinvestitionen nur um durchschnittlich 0.6 % pro Jahr ausgeweitet. Eine anhaltende Investitionsschwäche ist problematisch, da die Sachkapitalbildung neben ihrer konjunkturellen Bedeutung eine wesentliche Determinante des langfristigen Wachstumspotenzials einer Volkswirtschaft bildet. Die Investitionstätigkeit dient der Erweiterung, aber auch der laufenden Erneuerung des Kapitalstocks. Eine hohe Investitionstätigkeit trägt daher dazu bei, den Sachkapitalbestand einer Volkswirtschaft auf dem aktuellen technischen Stand zu halten.



Die Unternehmensinvestitionen werden von den Absatzerwartungen und von den Finanzierungskosten beeinflusst. Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage im Prognosezeitraum und der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen erwartet das Institut eine deutliche Belebung der Investitionstätigkeit. Im Zeitraum 2007 bis 2011 dürften die realen Bruttoinvestitionen eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 3.3 % erzielen. Somit werden die Investitionen im Prognosezeitraum zu einer wichtigen Stütze der Konjunktur. Die Investitionsquote steigt im Vergleich zur vorangegangenen Fünfjahresperiode um einen halben Prozentpunkt auf knapp 22 %. Damit liegt der Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt noch rund einen halben Prozentpunkt unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) haben im Zeitraum 2002 bis 2006 insgesamt stagniert. Die einzelnen Komponenten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Die Anschaffungen neuer Maschinen und Geräte stagnierten, während die Käufe von Fahrzeugen um durchschnittlich 1.8 % pro Jahr sanken. Dabei kam es 2002 und 2006 zu markanten Rückgängen um jeweils rund 13 %, während im Jahr 2003 ein Wachstum von 20 % verbucht werden konnte. Die Investitionen in sonstige Anlagen (vor allem Computersoftware und Lizenzen, zudem Nutztiere und -pflanzungen) wurden in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 3.6 % pro Jahr ausgeweitet. Vor dem Hintergrund der robusten Konjunkturentwicklung kann für den Prognosezeitraum mit einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit gerechnet werden. Vor allem 2007 und 2008 veranlasst die hohe Kapazitätsauslastung die Unternehmen, verstärkt in die Ausweitung der Produktionskapazitäten zu investieren. Auch danach dürfte die Sachkapitalbildung robust bleiben. Gestützt werden die Investitionen von den hohen Unternehmensgewinnen. Diese erleichtern die Innenfinanzierung von Investitionsprojekten. Auch die steigenden Aktienkurse und die verhältnismäßig niedrigen

Kapitalmarktzinsen tragen zu einer günstigen Entwicklung der Finanzierungsbedingungen bei. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2007 bis 2011 um durchschnittlich 4.4 % steigen.

Die realen **Bauinvestitionen** wurden im Zeitraum 2002 bis 2006 durchschnittlich um 1.3 % ausgeweitet. Während die Wohnbauinvestitionen im Durchschnitt um 0.2 % zurückgingen, stiegen die Nichtwohnbauinvestitionen um 2.3 % pro Jahr. Nachdem die Wohnbauinvestitionen von 1997 bis 2003 insgesamt um rund 24 % gesunken sind, weisen sie seit 2004 eine steigende Tendenz auf. Im Jahr 2006 wurde die höchste Wachstumsrate seit 1995 verzeichnet. Im Prognosezeitraum dürften die Wohnbauinvestitionen moderat zunehmen. Dazu tragen mehrere Faktoren bei. Aufgrund der anhaltenden Zuwanderung und der Alterung der Gesellschaft wird die Zahl der Privathaushalte in Österreich weiter steigen. Gemäß einer Prognose der Österreichischen Raumordnungskonferenz wird die Zahl der Haushalte im Jahr 2011 um 7 % höher sein als 2001. Der Trend zu einer größeren Wohnfläche je Bewohner dürfte dabei anhalten. Damit wachsen die Wohnungszahl und die Wohnfläche rascher als die Zahl der Haushalte und noch stärker als die Wohnbevölkerung. Darüber hinaus vergrößern sich mit der guten konjunkturellen Lage die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Damit wächst der Spielraum, die steigenden Ansprüche an den Wohnraum zu realisieren. Zudem erfordern höhere Anforderungen an den Klimaschutz verstärkte Investitionen in die Renovierung und Sanierung von Altbauwohnungen. So wird die EU-Gebäuderichtlinie, wonach Wohnungen und Häuser mit einem Energieverbrauchs-Zertifikat ausgestattet werden müssen, die Nachfrage nach thermischen Sanierungen anregen. Die positive Entwicklung der Nichtwohnbauinvestitionen im Zeitraum 2002 bis 2006 wurde maßgeblich von Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand getragen. Auch im Prognosezeitraum werden Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrswege die Bautätigkeit stützen. Die Bundesregierung plant, bis 2010 rund 6.4 Mrd. Euro in den Eisenbahnbau und 4.6 Mrd. Euro in den Straßenbau zu investieren. Der Wirtschaftsbau schließlich sollte von der guten Konjunktur und den günstigen Finanzierungsbedingungen im Prognosezeitraum profitieren. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen von 2007 bis 2011 durchschnittlich um 2.5 % ausgeweitet werden.

Die Entwicklung der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum ist von einer anhaltend guten wirtschaftlichen Entwicklung geprägt. Mit realen Wachstumsraten von deutlich über 2 % des BIP in jedem Jahr und einer anhaltend guten Beschäftigungslage, bei weiterhin kräftigem Zuwachs des Arbeitskräfteangebots, steigen die Einnahmen des Gesamtstaates kräftig. Der öffentliche Konsum ist zwar nicht ganz so dynamisch, dennoch legt auch dieser im betrachteten Zeitraum mit durchschnittlich 1.5 % real oder 3.4 % nominell merklich zu. Grundsätzlich kann die im Stabilitätsprogramm unterstellte Politik als Fortführung der moderaten Reduktion des gesamtstaatlichen Defizits charakterisiert werden. Das Defizit wird laut Prognose im Jahr 2007 bei 0.7 % des BIP liegen und bis zum Jahr 2011 in einen Überschuss von 0.4 % münden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine etwaige Steuerreform, welche für das Jahr 2010 vorgesehen ist, nicht berücksichtigt wurde. Um eine raschere Verringerung des Defizits zu erreichen, insbesondere um auch einen Spielraum für die geplante Steuerreform zu erwirken, wäre eine raschere Umsetzung der Verwaltungsreform II, der Haushaltsrechtsreform und eine Zusam-

menführung von Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen wünschenswert und ökonomisch gesehen auch notwendig.

Im betrachteten Zeitraum entwickeln sich die Steuereinnahmen sehr kräftig. Im Schnitt steigen die Produktionsabgaben (Umsatzsteuer, FLAF, Kommunalsteuer etc.) um rund 3 %, die Sozialversicherungsbeiträge inklusive der imputierten Sozialbeiträge um 3.7 % und die direkten Abgaben um rund 5 %. Dafür verantwortlich sind vor allem die Lohn- und Körperschaftsteuer, aber auch die Sozialversicherungsbeiträge und sonstige lohnabhängige Abgaben. Die Umsatzsteuer wird entsprechend des relativ moderaten Wachstums des privaten Konsums dahinter zurückbleiben. Damit liegen die Einnahmen im Schnitt über dem durchschnittlichen Wachstum des nominellen öffentlichen Konsums und der monetären Transfers (Pensions- und Arbeitslosenzahlungen etc.) mit 2.7 %.

Der Schuldenstand in Prozent des BIP wird sich gemäß des unterstellten Defizitpfades und der *Stock-Flow Adjustments* deutlich verringern und unter 55 % zu liegen kommen. Als Folge der relativ guten Entwicklung bei Steuern und Abgaben wird sich die Abgabenquote (inklusive imputierter Sozialbeiträge abzüglich uneinbringlicher Abgaben) jedoch nur sehr wenig verändern. Im betrachteten Zeitraum wird diese nur um rund 0.5 Prozentpunkte zurückgehen und bei 42.7 % im Jahr 2011 liegen. Die geplante Steuerreform würde auf diese Werte einen beträchtlichen Einfluss haben.

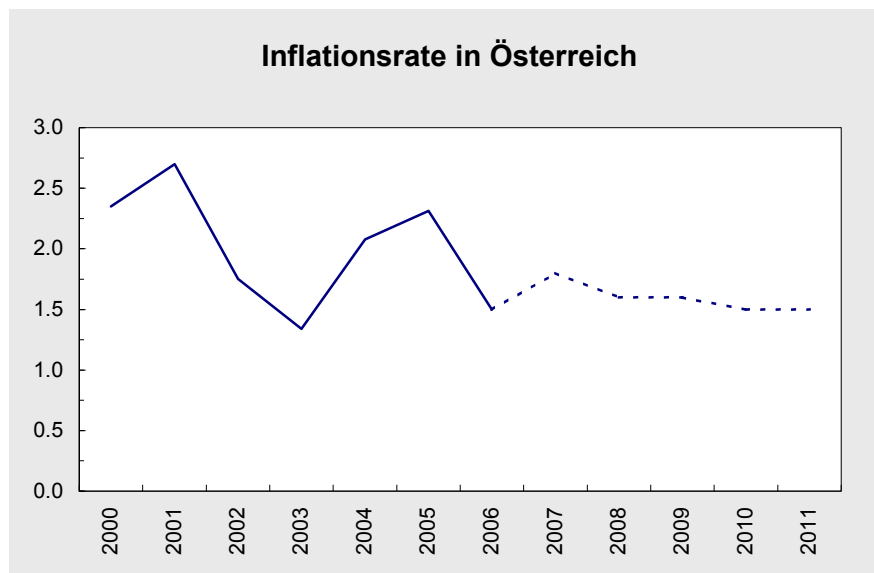
Als Folge der guten konjunkturellen Situation reduziert sich in vielen Ländern der Europäischen Union das Defizit merklich schneller als in Österreich. Insgesamt gesehen zeigt sich, dass in Österreich deutlich verstärkte Anstrengungen – auf der Ausgabenseite – notwendig sind, um ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget zu erzielen.

Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse auch weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet werden und zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsposition Österreichs beitragen. Im Zeitraum 2002 bis 2006 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** um gut 2 % jährlich zugenommen. Aufgrund des relativ kräftigen Preisauftriebs sind die Reallöhne seit dem Jahr 2002 lediglich um ½ % jährlich gewachsen. Das Wachstum der Reallöhne ist in diesem Zeitraum deutlich hinter dem jahresdurchschnittlichen Produktivitätswachstum von 1 ¼ % zurückgeblieben.

Im Prognosezeitraum erwartet das Institut eine etwas dynamischere Lohnentwicklung, die den Spielraum zur Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer stärker ausschöpft. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Arbeitnehmerentgelte wird demnach 2 ½ % betragen. Die Reallöhne werden mit einem durchschnittlichen Wachstum von ¾ % etwas näher an der Arbeitsproduktivität von knapp 1 ½ % zu liegen kommen.

In den vergangenen fünf Jahren war die Entwicklung der **Inflationsrate** von einer Reihe von Sonderfaktoren geprägt, die zu volatilen und auch erhöhtem Preisauftrieb geführt haben. Neben den merklichen Schwankungen des Euro-Wechselkurses und dem zeitweiligen Anziehen der Mieten, haben

insbesondere die kräftigen und persistenten Auftriebstendenzen bei den Rohölpreisen zu Anstiegen des Verbraucherpreisindex beigetragen. Notierte der Ölpreis zu Beginn des Jahres 2002 noch bei 20 Dollar, so nähert er sich gegenwärtig der Marke von 80 Dollar. Angesichts dieses Anstieges, der Vergleiche mit den Preisentwicklungen während der Ölkrisen in den 1970er und 1980er Jahren nicht zu scheuen braucht, ist es erstaunlich, wie stabil sich die Verbraucherpreise entwickelt haben. Vor diesem Hintergrund ist die Inflationsrate von jahresdurchschnittlich 1,8 % im Zeitraum 2002 bis 2006 als gemäßigt zu bezeichnen. Die mittelfristige Prognose geht von der Annahme aus, dass sich die wesentlichen exogenen Bestimmungsfaktoren für die Preisentwicklung günstig entwickeln. Dies beinhaltet eine Entspannung auf den Energiemärkten, eine stabile Wechselkursentwicklung und die Beibehaltung einer beschäftigungs- und stabilitätsorientierten Lohnpolitik in Österreich. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut daher einen Anstieg der Verbraucherpreise von knapp über 1 ½ %.



Quelle: Statistik Austria.

Die Prognose zeichnet für den **Arbeitsmarkt** ein relativ erfreuliches Bild. Kennzeichnend sind eine sehr kräftige Ausweitung der Beschäftigung und ein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ausgehend von der bereits äußerst kräftigen Arbeitskräftenachfrage im Vorjahr, beschleunigt sich die Beschäftigungsdynamik im heurigen Jahr noch weiter. Mit 2 % wird der höchste Beschäftigungszuwachs seit Ende der 1990er Jahre erzielt werden. Im weiteren Prognosezeitraum schwächt sich die Beschäftigungsdynamik nur vergleichsweise wenig ab. Die Zahl der Aktiv-Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) sollte bis 2011 um knapp 190,000 Personen zunehmen. Bei der gegenwärtig sehr guten Konjunkturlage zeigen sich deutliche Anspannungsphänomene am Arbeitsmarkt. Bei einigen Berufen kommt es bereits zu Arbeitskräfteknappheit. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve, insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Darüber hinaus wird sich die Internationalisierung des österreichischen Arbeitsmarkts fortsetzen. Hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte wird für 2009

noch keine völlige Liberalisierung unterstellt, allerdings wird für den Prognosezeitraum ein weiterer Anstieg der Arbeitskräfte mit ausländischer Nationalität um etwa 90,000 Personen erwartet.

Bereits im heurigen Jahr geht die Arbeitslosigkeit deutlich zurück. In den Folgejahren wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um den Wert des Jahres 2007 pendeln, sodass am Ende des Prognosezeitraums knapp mehr als 220,000 Personen als arbeitslos vorgemerkt sein werden. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird 2011, wie auch im Durchschnitt des Prognosezeitraums, 6 % betragen. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition schwankt im Prognosezeitraum um die 4 ¼ Prozent-Marke.

Da die gute Entwicklung primär auf die Konjunkturlage zurückgeht, dürfen die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt nicht ignoriert werden. Das Institut hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass die Konjunktorentwicklung das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen kann. Gegenwärtig wird, in reiner Saldenbetrachtung, nur rund jeder vierte zusätzliche Arbeitsplatz aus dem Arbeitslosenpool heraus besetzt. Dies kann als Hinweis auf Humankapitaldefizite der Arbeitslosen gewertet werden. Es besteht ein gewisser Miss-Match zwischen den angebotenen (beruflichen) Fähigkeiten der Arbeitssuchenden und den nachgefragten Skills. Längerfristig erscheint es daher notwendig, größeres Augenmerk auf die berufliche (Re-)Qualifikation der Arbeitssuchenden zu legen. Hierbei ist die Zusammenarbeit von Berufsausbildungsinstitutionen, dem AMS, Weiterbildungseinrichtungen und insbesondere den Betrieben notwendig. Auch weitere Reformen im Bereich der dualen Ausbildung sollten angedacht werden.

Prinzipiell befürwortet das Institut eine umgehende Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für die Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft würde dadurch gestärkt werden. Die Auswirkungen der Zuwanderung auf die bereits im Land befindlichen Arbeitskräfte, und insbesondere deren verteilungspolitische Konsequenzen, hängen stark vom Skill-Mix der neuen Arbeitskräfte ab. Die Erfahrungen zu Beginn der 1990er Jahre haben gezeigt, dass die Zuwanderung die Arbeitsmarktchancen von wenig qualifizierten Arbeitskräften potenziell verringert. Einschränkend ist zu bemerken, dass die Zuwanderer aus Osteuropa ein vergleichsweise höheres Qualifikationsniveau aufweisen werden. Jedenfalls sind weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt daher überlegenswert. Dadurch könnten potenzielle negative Folgen für wenig qualifizierte Arbeitskräfte abgefedert werden.

Aufgrund des Strukturwandels werden die Arbeitsmarktchancen von Personen mit geringen bzw. veralteten Qualifikationen weiter sinken. Durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte deren Qualifikationspotenzial angehoben werden. Dabei ist aber auf einen effizienten Einsatz der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zu achten. Zusätzliche Anstrengungen im Bereich des „Lebenslangen Lernens“ sind auf jeden Fall notwendig. Darüber hinaus würde eine Reduktion der Steuern auf den Faktor Arbeit (etwa durch eine gezielte Entlastung bei den Lohnnebenkosten oder eine Reform bei der Lohnsteuer) die Beschäftigungssituation am österreichischen Arbeitsmarkt verbessern.

Für eine entwickelte Volkswirtschaft wie Österreich bestehen verstärkte Herausforderungen in der Bildungspolitik. Ein effizienter Mitteleinsatz zur Förderung schwächerer Schüler und Bildungsmaßnahmen, die bereits sehr früh ansetzen, könnten zukünftigen Problemen am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Aus diesem Grund begrüßt das Institut die Initiativen in Hinblick auf die Einführung eines Vorschuljahres. Dieses sollte aber verpflichtend für alle eingeführt und kostenfrei ausgestaltet werden.

5. Monetäre Prognose

Die Zinszyklen im Euroraum und in den USA befinden sich gegenwärtig in unterschiedlichen Stadien. Während die Leitzinsen im Euroraum, ausgehend von einem Niveau von 2 %, seit Dezember 2005 um insgesamt 200 Basispunkte gestiegen sind und voraussichtlich weiter steigen werden, scheint in den USA der Höhepunkt des Zinszyklus mit 5.25 % erreicht zu sein. Ausgehend von einem Niveau von 1 %, hat die US-Notenbank Fed den Zielsatz für Taggeld von Juni 2004 bis Juni 2006 in insgesamt 17 Schritten auf 5.25 % erhöht. Der jüngste Zinsschritt der Europäischen Zentralbank (EZB) erfolgte Anfang Juni mit einer Anhebung des Mindestbietungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 4 %.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet warnte in seiner Presseerklärung im Juni weiterhin vor Inflationsrisiken im Euroraum; die EZB sieht bei dem gegenwärtigen Zinsniveau das primäre Ziel ihrer geldpolitischen Strategie, die Preisstabilität im Euroraum, nach wie vor gefährdet. Gemessen wird die Preisstabilität insbesondere durch den Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum, wobei mittelfristig eine Inflationsrate von knapp 2 % angepeilt wird. In den Jahren 2005 und 2006 wurde dieser Richtwert mit jeweils 2.2 % übertroffen, für die Monate Jänner bis Juni 2007 betrug die durchschnittliche Inflation 1.9 % und lag damit genau beim EZB-Richtwert. Steigender Preisdruck könnte jedoch von künftigen Lohnabschlüssen kommen, und auch die Geldmengenausweitung übt Druck auf die Preise auf. Mit Werten von über 10 % hat das Wachstum der Geldmenge M3 in den letzten Monaten neue Rekordwerte erreicht. Vor dem Hintergrund einer anhaltend dynamischen Konjunktur im Euroraum wird deshalb mit weiteren Zinserhöhungen der EZB gerechnet.

In Japan ist das Zinsniveau noch immer sehr niedrig. Seit Beendigung der faktischen Nullzinspolitik Mitte des vergangenen Jahres hat die japanische Notenbank (BoJ) nur einen weiteren Zinsschritt gesetzt. Im Februar dieses Jahres wurde der Diskontsatz von 0.4 % auf 0.75 % angehoben. Unter Berücksichtigung von Konjunktur- und Inflationsdaten dürfte die BoJ die Zinsen weiterhin vorsichtig anheben.

Aufgrund der Geldpolitik der EZB sind die Geldmarktzinsen im Euroraum gestiegen. Während Ende 2006 der 3-Monats-Euribor noch bei 3.73 % quotiert wurde, betrug der entsprechende Wert Ende Juni 2007 4.18 %. Für die Geldmärkte werden auch weiterhin steigende Zinsen erwartet. Das Institut sieht den 3-Monats-Euribor im Prognosezeitraum 2007 bis 2011 bei durchschnittlich 4.3 %. Auch an den europäischen Rentenmärkten sind die Renditen in den vergangenen Monaten gestiegen. Staatsanleihen im Euroraum mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen Ende Juni 2007 eine Rendite von 4.63 % auf. Ende des vergangenen Jahres hatte die entsprechende Rendite noch 3.99 % betragen. Die Steilheit der Zinskurve, gemessen an der Differenz zwischen 10-Jahres-Rendite und 3-Monats-Zins, hat sich im Lauf der letzten zwölf Monate verringert. Ende Juni 2006 betrug die genannte Differenz noch rund 100 Basispunkte, Ende Juni 2007 betrug der entsprechende Wert nur noch 40 Basispunkte. Zugleich hat sich das Renditeniveau im Euroraum an jenes in den USA herangetastet. Ende Juni 2007 rentierten Anleihen mit einer 10-jährigen Restlaufzeit im Euroraum bei 4.64 %, in den USA bei 5.03 %, d. h. der Renditespread zwischen den USA und dem Euroraum betrug rund 40

Basispunkte. Vor etwa einem Jahr rentierten europäische Anleihen noch um etwa 100 Basispunkte unter amerikanischen Anleihen. Aufgrund der Konjunktorentwicklung und der erwarteten Zinspolitik der EZB wird für die nächsten Jahre mit leicht steigenden Renditen gerechnet. Für den Prognosezeitraum 2007 bis 2011 erwartet das Institut eine durchschnittliche 10-Jahres-Rendite österreichische Staatsanleihen in Höhe von 4.6 %.

Die europäische Einheitswährung hat in den vergangenen zwölf Monaten gegenüber dem Dollar kontinuierlich aufgewertet. Betrag der Wechselkurs Ende Juni 2006 noch 1.27 USD/EUR, so wurde die europäische Einheitswährung Ende Juni 2007 an den Devisenmärkten zu 1.35 USD/EUR gehandelt. Sobald die US-Konjunktur an Fahrt aufnimmt und der Zinszyklus im Euroraum seinen Höhepunkt erreicht hat, könnte die Attraktivität des Dollar gegenüber dem Euro aber wieder steigen, sodass für den Euro-Dollar-Wechselkurs im Durchschnitt des Prognosezeitraums 1.30 USD/EUR unterstellt wird.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
GDP	221.557 2.3%	226.084 2.0%	233.550 3.3%	240.778 3.1%	247.512 2.8%	253.699 2.5%	259.384 2.2%	265.088 2.2%
GDP\$	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	270.622 4.9%	282.685 4.5%	294.466 4.2%	305.513 3.8%	317.145 3.8%
PGDP	106.586 2.1%	108.513 1.8%	110.425 1.8%	112.395 1.8%	114.211 1.6%	116.069 1.6%	117.784 1.5%	119.638 1.6%
PLC	97.740 2.1%	100.000 2.3%	101.500 1.5%	103.327 1.8%	104.980 1.6%	106.660 1.6%	108.260 1.5%	109.884 1.5%
YWGLEA	37.601 1.3%	38.566 2.6%	39.560 2.6%	40.509 2.4%	41.562 2.6%	42.643 2.6%	43.666 2.4%	44.758 2.5%
LEA	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3225.170 2.0%	3260.647 1.1%	3296.514 1.1%	3322.886 0.8%	3347.808 0.8%
UR	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.173 -0.622	6.005 -0.168	5.887 -0.119	5.989 0.103	6.036 0.047

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALLEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Var1	0.918	1.081	1.112	1.232	1.169	1.215	1.055	1.052
Var2	0.093	0.067	0.066	0.030	0.024	0.034	0.029	0.028
Var3	0.253	0.346	0.381	0.339	0.446	0.044	0.258	0.256
Var4	0.255	-0.286	0.774	1.168	0.874	0.717	0.423	0.413
Var5	-0.138	0.065	0.200	0.634	0.483	0.444	0.302	0.279
Var6	0.152	0.007	0.585	0.523	0.383	0.237	0.177	0.146
Var7	-0.099	-0.009	-0.299	0.003	-0.012	-0.004	-0.012	-0.023
Var8	4.107	3.320	4.145	4.245	4.212	3.729	3.625	3.578
Var9	3.873	2.501	3.281	3.694	3.773	3.372	3.142	3.135
Var10	0.294	0.834	0.893	0.605	0.502	0.417	0.532	0.498
Var11	-3.217	-2.475	-2.876	-3.921	-3.916	-3.236	-3.136	-3.106
Var12	-3.576	-2.264	-2.279	-3.586	-3.463	-2.910	-2.799	-2.847
Var13	0.238	-0.246	-0.598	-0.389	-0.496	-0.366	-0.375	-0.306
GDP	2.309	2.043	3.302	3.095	2.797	2.500	2.241	2.199

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Var1	21.829 -0.250	21.112 -0.717	21.186 0.074	21.683 0.497	21.943 0.260	22.107 0.164	22.037 -0.071	21.967 -0.070
UREU	4.8 0.5	5.2 0.4	4.8 -0.4	4.3 -0.5	4.3 0.0	4.2 -0.1	4.2 0.0	4.3 0.1
Var4	2.019 -0.902	1.832 -0.186	2.034 0.202	2.586 0.552	3.315 0.729	3.273 -0.042	3.022 -0.250	2.926 -0.096
Var5	35.209 -0.6%	35.502 0.8%	35.845 1.0%	36.057 0.6%	36.376 0.9%	36.734 1.0%	37.023 0.8%	37.351 0.9%
PRLEA	7.197 1.6%	7.269 1.0%	7.386 1.6%	7.466 1.1%	7.591 1.7%	7.696 1.4%	7.806 1.4%	7.918 1.4%
Var6	-1.2 0.4	-1.6 -0.4	-1.1 0.5	-0.7 0.4	-0.5 0.2	-0.1 0.3	0.2 0.3	0.4 0.2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
C\$	128.348 3.6%	133.160 3.7%	138.057 3.7%	143.775 4.1%	149.436 3.9%	155.319 3.9%	160.960 3.6%	166.806 3.6%
CNP\$	4.433 5.7%	4.616 4.1%	4.828 4.6%	4.974 3.0%	5.112 2.8%	5.298 3.6%	5.485 3.5%	5.667 3.3%
CP\$	42.808 3.3%	44.513 4.0%	46.452 4.4%	48.281 3.9%	50.369 4.3%	51.454 2.2%	53.114 3.2%	54.854 3.3%
IF\$	50.442 2.5%	50.721 0.6%	53.792 6.1%	57.773 7.4%	61.045 5.7%	64.054 4.9%	66.254 3.4%	68.374 3.2%
IFES\$	21.552 -1.1%	22.018 2.2%	22.780 3.5%	24.450 7.3%	25.801 5.5%	27.178 5.3%	28.217 3.8%	29.196 3.5%
IFCS\$	27.276 3.5%	27.907 2.3%	30.287 8.5%	32.567 7.5%	34.467 5.8%	35.947 4.3%	37.216 3.5%	38.340 3.0%
DIF\$	-0.105 -0.105	0.289 0.394	0.127 -0.162	0.125 -0.003	0.111 -0.014	0.114 0.004	0.125 0.011	0.147 0.022
VD\$	225.925 3.3%	233.300 3.3%	243.257 4.3%	254.928 4.8%	266.073 4.4%	276.239 3.8%	285.938 3.5%	295.848 3.5%
X\$	120.536 9.8%	131.097 8.8%	144.742 10.4%	157.018 8.5%	169.901 8.2%	182.095 7.2%	194.180 6.6%	206.965 6.6%
M\$	110.313 7.8%	119.067 7.9%	130.102 9.3%	141.323 8.6%	153.289 8.5%	163.868 6.9%	174.604 6.6%	185.669 6.3%
GDP\$	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	270.622 4.9%	282.685 4.5%	294.466 4.2%	305.513 3.8%	317.145 3.8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
C	120.186 1.7%	122.581 2.0%	125.095 2.1%	127.972 2.3%	130.788 2.2%	133.796 2.3%	136.472 2.0%	139.201 2.0%
CNP	4.311 4.9%	4.459 3.4%	4.608 3.3%	4.677 1.5%	4.735 1.3%	4.821 1.8%	4.893 1.5%	4.966 1.5%
CP	40.001 1.4%	40.766 1.9%	41.628 2.1%	42.419 1.9%	43.492 2.5%	43.601 0.3%	44.255 1.5%	44.918 1.5%
IF	48.364 1.2%	47.730 -1.3%	49.479 3.7%	52.208 5.5%	54.312 4.0%	56.086 3.3%	57.160 1.9%	58.231 1.9%
IFE	21.173 -1.4%	21.317 0.7%	21.769 2.1%	23.249 6.8%	24.412 5.0%	25.510 4.5%	26.276 3.0%	26.998 2.8%
IFC	25.808 1.3%	25.825 0.1%	27.146 5.1%	28.368 4.5%	29.290 3.3%	29.876 2.0%	30.324 1.5%	30.703 1.3%
DIF	0.419 -0.214	0.399 -0.020	-0.278 -0.677	-0.272 0.006	-0.302 -0.030	-0.312 -0.010	-0.342 -0.030	-0.402 -0.060
VD	213.233 1.5%	215.899 1.3%	220.545 2.2%	227.012 2.9%	233.031 2.7%	237.995 2.1%	242.441 1.9%	246.919 1.8%
X	117.979 8.2%	125.334 6.2%	134.705 7.5%	144.620 7.4%	154.762 7.0%	163.992 6.0%	173.188 5.6%	182.470 5.4%
M	109.702 6.8%	115.185 5.0%	121.687 5.6%	130.846 7.5%	140.276 7.2%	148.285 5.7%	156.242 5.4%	164.298 5.2%
GDP	221.557 2.3%	226.084 2.0%	233.550 3.3%	240.778 3.1%	247.512 2.8%	253.699 2.5%	259.384 2.2%	265.088 2.2%

TAB. 4: PREISINDIZES (2000 = 100)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
PC	106.791 1.9%	108.630 1.7%	110.362 1.6%	112.348 1.8%	114.258 1.7%	116.086 1.6%	117.944 1.6%	119.831 1.6%
PCP	107.017 1.9%	109.191 2.0%	111.589 2.2%	113.821 2.0%	115.813 1.8%	118.013 1.9%	120.019 1.7%	122.120 1.8%
PIF	104.297 1.3%	106.267 1.9%	108.717 2.3%	110.660 1.8%	112.398 1.6%	114.206 1.6%	115.910 1.5%	117.417 1.3%
PIFE	101.786 0.3%	103.289 1.5%	104.644 1.3%	105.167 0.5%	105.693 0.5%	106.538 0.8%	107.391 0.8%	108.142 0.7%
PIFC	105.685 2.1%	108.063 2.3%	111.569 3.2%	114.804 2.9%	117.674 2.5%	120.322 2.3%	122.729 2.0%	124.876 1.8%
PVD	105.952 1.8%	108.060 2.0%	110.298 2.1%	112.297 1.8%	114.179 1.7%	116.069 1.7%	117.941 1.6%	119.816 1.6%
PX	102.168 1.5%	104.598 2.4%	107.451 2.7%	108.573 1.0%	109.782 1.1%	111.039 1.1%	112.121 1.0%	113.424 1.2%
PM	100.557 1.0%	103.369 2.8%	106.915 3.4%	108.007 1.0%	109.277 1.2%	110.509 1.1%	111.752 1.1%	113.007 1.1%
PGDP	106.586 2.1%	108.513 1.8%	110.425 1.8%	112.395 1.8%	114.211 1.6%	116.069 1.6%	117.784 1.5%	119.638 1.6%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
XG\$	88.574 11.8%	96.094 8.5%	106.367 10.7%	116.562 9.6%	127.567 9.4%	137.861 8.1%	147.576 7.0%	157.995 7.1%
XSO\$	17.140 7.2%	19.574 14.2%	22.533 15.1%	24.087 6.9%	25.262 4.9%	26.603 5.3%	28.422 6.8%	30.220 6.3%
XST\$	14.822 1.9%	15.429 4.1%	15.842 2.7%	16.369 3.3%	17.072 4.3%	17.631 3.3%	18.182 3.1%	18.750 3.1%
X\$	120.536 9.8%	131.097 8.8%	144.742 10.4%	157.018 8.5%	169.901 8.2%	182.095 7.2%	194.180 6.6%	206.965 6.6%
MG\$	86.119 10.4%	93.737 8.8%	102.866 9.7%	112.614 9.5%	122.855 9.1%	131.839 7.3%	140.880 6.9%	150.400 6.8%
MSO\$	15.404 2.7%	16.942 10.0%	18.310 8.1%	19.486 6.4%	20.862 7.1%	22.022 5.6%	23.302 5.8%	24.479 5.1%
MST\$	8.790 -5.5%	8.388 -4.6%	8.926 6.4%	9.223 3.3%	9.572 3.8%	10.007 4.5%	10.422 4.1%	10.790 3.5%
M\$	110.313 7.8%	119.067 7.9%	130.102 9.3%	141.323 8.6%	153.289 8.5%	163.868 6.9%	174.604 6.6%	185.669 6.3%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
XG	88.541 10.5%	94.083 6.3%	101.501 7.9%	110.129 8.5%	119.215 8.3%	127.560 7.0%	135.532 6.3%	143.664 6.0%
XSO	16.136 4.5%	17.770 10.1%	19.799 11.4%	21.007 6.1%	21.869 4.1%	22.689 3.8%	23.823 5.0%	24.895 4.5%
XST	13.451 -0.4%	13.664 1.6%	13.654 -0.1%	13.859 1.5%	14.206 2.5%	14.419 1.5%	14.635 1.5%	14.855 1.5%
X	117.979 8.2%	125.334 6.2%	134.705 7.5%	144.620 7.4%	154.762 7.0%	163.992 6.0%	173.188 5.6%	182.470 5.4%
MG	88.366 9.6%	93.381 5.7%	98.535 5.5%	106.910 8.5%	115.249 7.8%	122.452 6.3%	129.554 5.8%	136.939 5.7%
MSO	13.678 1.0%	14.772 8.0%	15.895 7.6%	16.649 4.8%	17.648 6.0%	18.354 4.0%	19.134 4.3%	19.804 3.5%
MST	7.951 -7.6%	7.402 -6.9%	7.633 3.1%	7.785 2.0%	7.980 2.5%	8.180 2.5%	8.351 2.1%	8.477 1.5%
M	109.702 6.8%	115.185 5.0%	121.687 5.6%	130.846 7.5%	140.276 7.2%	148.285 5.7%	156.242 5.4%	164.298 5.2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2000 = 100)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
PXG	100.037 1.2%	102.138 2.1%	104.794 2.6%	105.842 1.0%	107.006 1.1%	108.076 1.0%	108.886 0.8%	109.975 1.0%
PXSO	106.227 2.6%	110.152 3.7%	113.805 3.3%	114.658 0.8%	115.518 0.8%	117.251 1.5%	119.303 1.8%	121.391 1.8%
PXST	110.194 2.3%	112.916 2.5%	116.021 2.7%	118.109 1.8%	120.176 1.8%	122.279 1.8%	124.236 1.6%	126.224 1.6%
PX	102.168 1.5%	104.598 2.4%	107.451 2.7%	108.573 1.0%	109.782 1.1%	111.039 1.1%	112.121 1.0%	113.424 1.2%
PMG	97.457 0.7%	100.381 3.0%	104.396 4.0%	105.336 0.9%	106.600 1.2%	107.666 1.0%	108.742 1.0%	109.830 1.0%
PMSO	112.620 1.7%	114.684 1.8%	115.194 0.4%	117.037 1.6%	118.207 1.0%	119.981 1.5%	121.780 1.5%	123.607 1.5%
PMST	110.553 2.2%	113.317 2.5%	116.943 3.2%	118.463 1.3%	119.944 1.3%	122.343 2.0%	124.790 2.0%	127.285 2.0%
PM	100.557 1.0%	103.369 2.8%	106.915 3.4%	108.007 1.0%	109.277 1.2%	110.509 1.1%	111.752 1.1%	113.007 1.1%
Var1	101.602 0.6%	101.189 -0.4%	100.501 -0.7%	100.524 0.0%	100.462 -0.1%	100.480 0.0%	100.330 -0.1%	100.369 0.0%
Var2	102.647 0.5%	101.751 -0.9%	100.381 -1.3%	100.480 0.1%	100.381 -0.1%	100.381 0.0%	100.133 -0.2%	100.133 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Var1	46.713 1.472	48.533 1.820	50.447 1.914	52.222 1.774	54.226 2.004	55.649 1.423	57.151 1.502	58.544 1.393
Var2	36.468 1.970	38.209 1.740	39.887 1.678	41.613 1.727	43.460 1.847	44.772 1.312	46.113 1.341	47.423 1.310
Var3	51.042 2.508	53.437 2.394	56.124 2.687	58.021 1.897	60.102 2.081	61.839 1.737	63.559 1.720	65.259 1.700
Var4	37.508 2.476	39.169 1.662	41.244 2.075	43.072 1.828	45.127 2.055	46.817 1.691	48.304 1.487	49.818 1.514

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
POPWAT	5300.900 0.7%	5333.300 0.6%	5369.700 0.7%	5392.700 0.4%	5413.800 0.4%	5434.000 0.4%	5456.700 0.4%	5479.700 0.4%
TLFPR	72.199 -0.1%	72.618 0.6%	72.899 0.4%	73.438 0.7%	73.806 0.5%	74.248 0.6%	74.620 0.5%	74.918 0.4%
TLF	3827.170 0.6%	3872.940 1.2%	3914.452 1.1%	3960.310 1.2%	3995.684 0.9%	4034.657 1.0%	4071.768 0.9%	4105.287 0.8%
Var1	3424.478 0.2%	3454.451 0.9%	3481.566 0.8%	3509.242 0.8%	3528.829 0.6%	3551.462 0.6%	3569.246 0.5%	3582.663 0.4%
DLFFOR	402.693 3.6%	418.489 3.9%	432.886 3.4%	451.067 4.2%	466.855 3.5%	483.195 3.5%	502.523 4.0%	522.623 4.0%
SEG	384.700 1.1%	390.000 1.4%	394.400 1.1%	398.344 1.0%	402.327 1.0%	407.719 1.3%	412.815 1.3%	417.975 1.3%
DLF	3442.470 0.5%	3482.940 1.2%	3520.052 1.1%	3561.966 1.2%	3593.357 0.9%	3626.938 0.9%	3658.953 0.9%	3687.311 0.8%
LEA	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3225.170 2.0%	3260.647 1.1%	3296.514 1.1%	3322.886 0.8%	3347.808 0.8%
LENACT	120.047 -5.7%	119.879 -0.1%	118.946 -0.8%	116.924 -1.7%	116.924 0.0%	116.924 0.0%	116.924 0.0%	116.924 0.0%
UN	243.880 1.6%	252.654 3.6%	239.174 -5.3%	219.872 -8.1%	215.786 -1.9%	213.500 -1.1%	219.143 2.6%	222.579 1.6%
UR	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.173 -0.622	6.005 -0.168	5.887 -0.119	5.989 0.103	6.036 0.047

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
GDP\$	236.149 4.4%	245.330 3.9%	257.897 5.1%	270.622 4.9%	282.685 4.5%	294.466 4.2%	305.513 3.8%	317.145 3.8%
YWGG\$	115.755 2.0%	119.956 3.6%	125.085 4.3%	130.649 4.4%	135.520 3.7%	140.573 3.7%	145.099 3.2%	149.841 3.3%
BUSE	93.776 7.5%	98.221 4.7%	105.494 7.4%	111.809 6.0%	118.184 5.7%	124.100 5.0%	129.847 4.6%	135.850 4.6%
PASUB	26.618 4.7%	27.154 2.0%	27.318 0.6%	28.165 3.1%	28.981 2.9%	29.793 2.8%	30.567 2.6%	31.454 2.9%
YF\$	-2.166 6.7%	-2.523 16.5%	-3.283 30.1%	-3.611 10.0%	-3.611 0.0%	-3.611 0.0%	-3.611 0.0%	-3.611 0.0%
DEP\$	33.761 3.6%	35.050 3.8%	36.488 4.1%	38.038 4.3%	39.465 3.8%	40.846 3.5%	42.174 3.3%	43.544 3.3%
Y\$	200.222 4.5%	207.757 3.8%	218.126 5.0%	228.972 5.0%	239.609 4.6%	250.009 4.3%	259.728 3.9%	269.989 4.0%
YT\$	-2.391 10.7%	-2.037 -14.8%	-2.228 -20.0%	-2.228 0.0%	-2.228 0.0%	-2.005 -10.0%	-1.805 -10.0%	-1.624 -10.0%
NE\$	197.831 4.5%	205.719 4.0%	215.898 4.9%	226.744 5.0%	237.381 4.7%	248.004 4.5%	257.924 4.0%	268.365 4.0%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert Kunst, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2007-2011

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 48

Redaktion: Isabella Andrej

© 2007 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
